

# Freisinn FDP

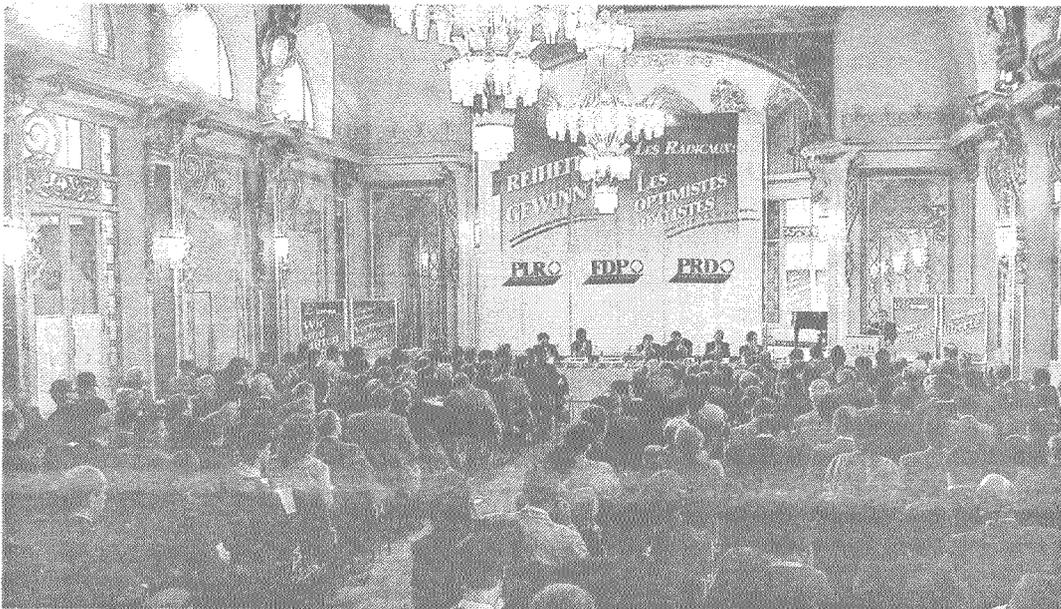
Pg 21580

20

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern) Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich) o/a Zeitschriften (Glattbrugg)

## Freiheit gewinnt



«Freiheit gewinnt»: So heisst der Slogan der FDP für das Wahljahr 1991.

(Photo ruti)

Mit dem Slogan «Freiheit gewinnt» geht die FDP der Schweiz in den Wahlkampf. Ihre Kampagne für die eidgenössischen Wahlen 1991 startete sie mit einer Konferenz der Ortsparteipräsidenten in Interlaken. Vor rund 300 Anwesenden erläuterten die Verantwortlichen der Partei Ziele und Positionen der FDP. In verschiedenen Arbeitsgruppen setzten sich dann die Ortsparteipräsidenten mit dem liberalen Gedankengut, der Schulung, der Werbung und mit den Medien auseinander.

AG. In seinem Referat zu Beginn des Tages betonte Parteipräsident Franz Steinegger, dass die FDP von den Aktivitäten der Ortsparteien lebe.

Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz griff die Welt- und Europapolitik auf und analysierte den inneren Zustand der Schweiz. Delamuraz plädierte für eine richtige Prioritätensetzung der Probleme. Die Freisinnigen rief er auf, Verant-

wortung zu tragen und entschlossen zu kämpfen.

Generalsekretär Christian Kauter stellte zusammen mit dem Berner Nationalrat François Loeb die Leitlinien der Wahlkampagne 1991 vor. Gesunder, selbstkritischer Optimismus sollen die Wahlkampagne und damit auch die zukünftige Politik der FDP prägen.

Die Partei solle nüchterne, realistische Politik betreiben und durch ihre Resultate aufwecken und begeistern. Liberalismus hat in Osteuropa die Oberhand gewonnen und den Leuten neuen Mut gegeben. Liberalismus hat den Leuten neue Freiheit gegeben. Demokratie ist auch in der Schweiz nur mit Freiheit möglich, deshalb die beiden Wahlkampfversprüche «Freiheit gewinnt» und «Les Radicaux: Les optimistes réalistes».

## «Freisinn» grüsst «Libero»

In einer Auflage von rund 5000 Exemplaren erscheint heute zum erstenmal «Libero», die Parteizeitung der Liberalen Partei des Kantons Luzern (LPL). «Libero» gesellt sich damit zum «Solothurner», «St. Galler», «Thurgauer», «Zürcher», «Berner», «Bündner Freisinn» sowie zum «Schwyzer Liberalen», die alle zusammen mit dem schweizerischen «Freisinn FDP» im Kopfblattsystem kooperieren. Dabei beanspruchen die kantonalen Parteizeitungen je nach Bedarf vier bis acht von insgesamt zwanzig Seiten. Wir begrüssen die Luzerner Liberalen herzlich. Schweizerisch können wir nun unser Gedankengut in einer Auflage von rund 85 000 Exemplaren darstellen und alle Parteimitglieder über die jeweiligen kantonalen und nationalen Anlässe informieren.



### Grossrätin Alice Wey-Heini: höchste Luzernerin im Jubiläumsjahr 1991



Die Liberale Partei des Kantons Luzern freut sich, dass Frau Grossrätin Alice Wey-Heini zum Jubiläum 1991 schreiben konnte. Sie ist die höchste Luzernerin im Jubiläumsjahr 1991. Wir wünschen ihr eine geschickte Hand bei der Führung des Grossrats und viele interessante und lohnende Kontakte während des ganzen Jubiläumsjahres.

### Neuer «Libero»

«Freisinn» grüsst «Libero»  
In einer Auflage von rund 5000 Exemplaren erscheint heute zum erstenmal «Libero», die Parteizeitung der Liberalen Partei des Kantons Luzern (LPL). «Libero» gesellt sich damit zum «Solothurner», «St. Galler», «Thurgauer», «Zürcher», «Berner», «Bündner Freisinn» sowie zum «Schwyzer Liberalen», die alle zusammen mit dem schweizerischen «Freisinn FDP» im Kopfblattsystem kooperieren. Dabei beanspruchen die kantonalen Parteizeitungen je nach Bedarf vier bis acht von insgesamt zwanzig Seiten. Wir begrüssen die Luzerner Liberalen herzlich. Schweizerisch können wir nun unser Gedankengut in einer Auflage von rund 85 000 Exemplaren darstellen und alle Parteimitglieder über die jeweiligen kantonalen und nationalen Anlässe informieren.



**Inhalt**

- Was es mit der Aktion Schneeball auf sich hat, lesen Sie auf Seite 8
- Provokante Gedanken äussert Professor Walter Wittmann, Freiburg, über die Schweiz und die FDP ab Seite 10
- Erkennen Sie die Hände? Das fragen wir auf Seite 18

Siehe Titelgeschichte ab Seite 5

# Militärbündnisse: Sinn, Legitimität und Notwendigkeit

Seit dem Wandel in Osteuropa, den eingetretenen Veränderungen in der Sowjetunion wird vor allem in Westeuropa nach dem Sinn, der Legitimität und der Notwendigkeit von Militärbündnissen gefragt. Im Prinzip sollte der Krieg des Iraks gegen Kuwait diese Frage beantwortet haben.

◉ Jacques Baumgartner

De facto gibt es den Warschauer Pakt nicht mehr. Das militärische Bündnis des ehemaligen Sowjetblocks ist durch nichts ersetzbar. Wenn nämlich eine Armeen-Allianz einmal zu existieren aufgehört hat, kann sie nicht wiederbelebt werden, auch nicht in veränderter Form.

## Regional-Super- oder eurasische Grossmacht?

Die Sowjetunion ist heute gezwungen, ihre Sicherheitspolitik völlig neu zu überdenken. Das Sicherheitsbedürfnis ist enorm gestiegen. Das erklärt sich aus den internen Schwierigkeiten und aus dem durch die «Auflösung» des Warschauer Paktes entstandenen Vakuum.

Im «Idealfall» für Westeuropa wird die Sowjetunion, was ihre Westgrenze angeht, regionale Sicherheitsbündnisse eingehen, mit den baltischen Staaten – Estland, Lettland, Litauen –, Weissrussland, der Ukraine...

Die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik wäre künftig auf ihr eigenes Territorium, im Grunde auf jenes Russlands, begrenzt.

Die Entwicklung in der Sowjetunion spricht aber dafür, dass die Zentralmacht beziehungsweise die Militärs brutale Gewalt (in den baltischen Republiken) zivilisierten Sicherheitsab-sprachen vorziehen (werden).

Das hat verschiedene, im Westen nicht verständliche Grün-

de. In der Sowjetunion greift politisches Chaos um sich, Bändertum und Schattenwirtschaft dominieren die Ökonomie, Souveränitätsansprüche aller fünfzehn Republiken erschweren jegliche Zusammenarbeit zwischen und mit der Zentrale.

Präsident Michail Gorbatschew ist gezwungen, die Integrität der Union als vorläufig wichtigstes Ziel zu sichern, und zwar mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Eine Sezession von Republiken leitete unweigerlich die Auflösung der Union ein. Aber die dadurch provozierte Reaktion – bei der «Rechten» beziehungsweise den Konservativen – könnte das Ende jeglicher Reform in der Sowjetunion sein.

Hinzu kommt, dass die sowjetischen Militärs in einer tiefen Identitätskrise stecken: Welche Art von Macht stellen sie eigentlich noch dar? Super-, Regional- oder eurasische Grossmacht?

## Neues Feindbild

Die atlantische Allianz (Nato) ist (noch) intakt. Sie muss sowohl nach Osten wie nach Süden blicken.

Die Veränderungen in der Sowjetunion sind dramatisch. Dort werden bereits, was man sich im Westen offenbar noch nicht völlig bewusst ist, Bürgerkriege ausgefochten, und Trümmerstücke könnten auf Westeuropa fallen. Trotz stabilen territorialen Verhältnissen in Europa könnten ernsthafte Krisen entstehen, so beispielsweise im auseinandergefallenen jugoslawischen Vielvölkerstaat. Die Gefahren, die künftig



Amerikanische Marineinfanteristen in der saudi-arabischen Wüste: Der Krieg des Iraks gegen Kuwait zeigt, dass Militärbündnisse zum Schutze der freien Völker weiterhin nötig sind.

von der Golfregion, dem Nahen Osten insgesamt herdrohen, sind noch schwierig einzuschätzen. Gewiss ist heute, dass nicht mehr der Kommunismus der Feind ist. Europa wird sich wahrscheinlich schon bald mit dem Gedanken vertraut machen müssen, dass der islamische Fundamentalismus die neue Herausforderung und Bedrohung ist.

Die atlantische Allianz als Institution dürfte in den nächsten Jahren immer mehr übergangen werden und die Westeuropäer sich eines anderen Sicherheitsrahmens bedienen. Gegeben ist ein solcher in der Westeuropäischen Union (WEU). Die 1954 gegründete WEU ist ein kollektiver Beistandspakt, gedacht als europäische Stütze der Nato. Da die Mitglieder auch der Nato angehören, verfügt die WEU (noch) über keine eigene militärische Organisation.

Die künftige Entwicklung in Europa, vor allem die Demokratisierung Osteuropas, dürfte der WEU eine neue und grössere Bedeutung bringen. (Ungarn beispielsweise hat bereits um einen Gaststatus in der WEU ersucht.) Das zeigt sich auch darin, dass die Europäische Gemeinschaft (EG) in der Golfkrise eine sicherheitspolitische Rolle einnahm.

## Züge einer Allianz

Die Züge einer Allianz trägt die Europäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenar-

beit (KSZE). Auf dem Gipfeltreffen der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten im vergangenen November in Paris wurde vereinbart, in Wien ein «Konfliktzentrum» zu errichten. Seine Aufgabe ist es, im Rahmen der KSZE Konflikte zu lösen. In der KSZE verfügt jedes Mitglied über das Vetorecht, was einen «Ausbau» der Konferenz zu einer echten militärischen Allianz problematisch macht. Eine KSZE-«Allianz» käme den Vorstellungen der Sowjetunion entgegen, wie sich Moskau auch ein «gemeinsames europäisches Haus» wünscht. Doch das bedeutete und setzte die Auflösung der Nato voraus. Hierfür scheint der Moment noch nicht gegeben.

Mittelfristig dürften künftig vermehrt regionale Militärbündnisse entstehen. Langfristig werden wahrscheinlich die Vereinten Nationen (Uno) das Mandat eines «Weltpolizisten» erhalten, um Erpresser, wie Saddam Hussein, in die Schranken zu weisen. Schon aus wirtschaftlichen Gründen werden die Vereinigten Staaten nicht mehr allzu lange in der Lage sein, diese Rolle – zum Schutze der freien Völker – einzunehmen. □

# Persönliche Fragen an den Regierungsratskandidaten Ernst Homberger

**Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?**

Auf die Vernunft und den Verstand der Menschheit, ihre Probleme ohne Waffengewalt zu lösen, und auf den Einsatz und die Anwendung bestehender und neuer Technologien derart, dass die schnell wachsende Species Mensch überleben kann, ohne die Umwelt und damit sich selbst total zu zerstören.

**Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?**

Zurzeit die Entwicklung in der Sowjetunion und im Mittleren Osten.

**Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?**

Wichtig: Mikroelektronik und Gentechnologie. Entbehrlich: Fragebögen!

**Was lieben Sie an der Schweiz?**

Eine Heimat zu haben, in der es mir wohl ist, in der ich mich frei entfalten, in der ich mitarbeiten und mitgestalten kann.

**Was missfällt Ihnen in unserem Land?**

Dass es Leute gibt, die hinter allem eine böse Absicht wittern und sich damit in erster

Linie selbst darstellen und profilieren wollen und dank gewissen Medien auch können.

**Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?**

Nein, in dieser absoluten Form nicht. Fortschritt hängt nicht von Mehrheiten oder Minderheiten ab, sondern von der Innovation eines jeden Einzelnen und vom Willen, etwas zu verändern.

**Warum sind Sie bei der FDP?**

Ich bin ein liberal denkender Mensch, der seine Meinung offen und frei und unabhängig äussern will. Die FDP bietet die besten Möglichkeiten und Voraussetzungen, neuen, auch zukunftsweisenden Ideen zum Durchbruch zu verhelfen, da sie einerseits über hervorragende Leute und andererseits über das nötige politische Gewicht verfügt.

**Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?**

Havel.

**Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?**

Schlichtheit, Sach- und Fachkompetenz, einen feinen Humor und «Gschpüüri» für die berechtigten Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern.

**Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?**

Dass darüber viel zu viel geredet und geschrieben wird. Wir sollten Gemeinsames und Unterschiedliches viel natürlicher und viel selbstverständlicher nehmen.

**Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?**

Schwäche: Im richtigen Moment auch einmal Nein sagen zu können. Stärke: Flexibilität, Offenheit und Begeisterungsfähigkeit für Neues.

**Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?**

«Störfall Heimat – Störfall Schweiz»

**Was tun Sie, um sich fit zu halten?**

Was man eben so tut! Im Moment wäre mir etwas Schnee in den Niederungen willkommen, um meine Langlaufski nicht zuerst spazierenführen zu müssen, bevor ich sie anschnallen kann.

**Was möchten Sie am liebsten tun, was Sie nicht können?**

Selber fliegen.

**Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?**



*Ernst Homberger glaubt an die Vernunft und den Verstand der Menschen, dass sie fähig sind, ihre Probleme ohne Waffengewalt zu lösen.*

Jean Tinguely, weil mich seine Werke ansprechen und dahinter eine interessante und kreative Persönlichkeit stehen muss. □

## Kurzbiographie

### Ernst Homberger

**Zur Person:** Bürger von Gossau ZH und Bäretswil, geschieden, Vater von drei Kindern, wohnhaft in Gossau ZH.

**Alter:** 53

#### Berufliche Stationen:

Primar- und Sekundarschule in Gossau ZH, Landwirtschaftliche Berufslehre mit Abschluss, Landwirtschaftliche Schule Zürcher Oberland, 6 Jahre Praxis auf dem elterlichen Hof in Gossau, Berufswechsel wegen eines Bandscheibenschadens, Matur, Studium an der ETH, Abschluss als Dipl. Ing. Agr. und als Dr. sc. techn., Weiterbildung in Richtung For-

schung, Sicherheit, Marketing, Management, Leiter einer Forschungsgruppe für Insektenwachstumsregulatoren der Dr. R. Maag AG, Leiter der Produktregistrierung, dann Marketing- und Verkaufsleiter Materialschutz und Hygiene der Dr. R. Maag AG, Geschäftsleitender Direktor der Dr. R. Maag AG.

#### Politischer Werdegang:

Ehemaliger Präsident der Primarschulpflege und langjähriges Mitglied des Gemeinderates Bäretswil, der Spitalkommission Wetzikon, und des Vorstandes der Planungsgruppe Zürcher Oberland, seit 1979 Kantonsrat, während dreieinhalb Jahren Präsident der FDP-Kantonsratsfraktion. □



# Die Pädagogik der Grünen

**Jede Familien- und Schulpolitik ist Ausdruck eines Menschenbildes. In der «Pädagogik der Grünen»\* stellt Siegfried Uhl überblickartig die Theoriediskussion der Grünen dar, die sich mit Erziehung, Schule, Schulwesen, Frauen- und Familienpolitik befassen.**

Barbara Hug

Uhl beurteilt die Pädagogik der Grünen aus liberaler Warte, fachlich ordnet er sich bei der empirischen Erziehungswissenschaft und der analytischen Philosophie der Erziehung ein. Sein akademischer Lehrer, Wolfgang Brezinka, hat mit der «Pädagogik der Neuen Linken» Hintergründe zum Verständnis dessen aufgezeigt, was heute im pädagogischen Bereich an Veränderungen vor sich geht.

## Partei «neuen Typs»

Uhl erhellt den mittlerweile schon historischen Hintergrund der Grünen in der BRD, um anschliessend ihr Menschenbild aus verstreuten Quellen, programmatischen Schriften oder Reden heraus zu destillieren. Die Grünen verstehen sich als Partei «neuen Typs». Als solche versuchen sie Einfluss auf die psychische Disposition des heutigen Menschen zu nehmen.

Erziehung wird als rein negative Einflussgrösse betrachtet, ein im Naturzustand belassenes Kind sei frei von Mängeln und Fehlern des Erwachsenen. Die Grünen bedienen sich einer willkürlichen Auswahl von Erziehungstheoretikern und Praktikern, z. B. Rousseaus, Neills, der Anti- und der Reformpädagogik. Sie verwenden deren Schriften, jedoch aus dem Zusammenhang gerissen, um zu belegen, dass das Zerstörungswerk der Erziehung und Gesellschaft die ursprünglich gute kindliche Psyche verderbe.

## Funktion des Lehrers

Fazit: Erziehung ist eine menschenrechtswidrige Handlung, der Naturzustand ist paradisiatisch. Das Kind soll sein: spontan, frei, autonom, kreativ, vernünftig, lebhaft, unverdor-

ben... Die Antipädagogik will dieses «vorbildhafte» Kind noch dadurch aufgewertet wissen, dass sowohl sein psychischer wie juristischer Status als «Kind» negiert wird.

In der nur folgerichtigen Anwendung solcher Überzeugungen liegt die Entscheidung über sein Leben und darin z. B. die Schule ganz bei ihm selbst. Die Kritik der Grünen gilt der Schule als Institution und allen herkömmlichen Unterrichtsformen. Frontalunterricht gilt als veraltetes Pauken. Die Selektionsfunktion der Schule muss aufgehoben werden. Die Setzung von schulischen Zielen soll Kindern/Schülern überlassen sein. Der Lehrer hat die Funktion, «vielseitige Lernangebote» und Projekte zu offerieren.

Seine Rolle ist eine ausschliesslich unterstützende, denn Lehren oder Erziehung ist Fremdbestimmung. Schulbesuch ist freiwillig. Wissensvermittlung ist nicht länger Aufgabe der Schule, da Wissenschaft, Technik und Vernunft geringschätzig beurteilt werden. Wissen ist nach Meinung der Grünen menschen- und naturfeindlich.

Ziel der grünen Schulerziehung ist daher das «Offenhalten» für die Zukunft der Kinder. Einerseits wird die Schule abgelehnt, andererseits die Stadtteilschule als Ganztageschule proklamiert. Das Kind kann dort den ganzen Tag seinen Neigungen nachgehen. Ein Erschrecken erfasste allerdings manchen, als bemerkt wurde, dass viele Schüler der vierten Klasse eines Schulversuches weder schreiben noch lesen konnten.

## Glaubenssätze

Auch die herkömmliche Familie mit Vater, Mutter und Kindern wird abgelehnt. Radikale Feministinnen innerhalb der Grünen kritisieren sie mit den gleichen Argumenten wie die

Neue Linke: Man beruft sich auf Horkheimer, der 1936 in «Autorität und Familie» die psychologisch-soziologischen Wurzeln des Faschismus in der autoritären Struktur der Kleinfamilie ortete. Das weibliche Geschlecht gilt als höherwertig, moralisch überlegen. In Frauen sei ein positiver Umgang mit Macht angelegt.

Das Buch von Uhl wird interessant durch die gut ausgewählte, prononcierte Darstellung von Zielsetzungen und Überzeugungen im Bereich der Pädagogik und Familienpolitik. Die Verunsicherung erfahrener Lehrer wird verständlich, vertreten Exponenten der Grünen ihre Postulate nicht etwa als Beitrag zu einer wissenschaftlichen Diskussion in der Pädagogik, sondern als Glaubenssätze. So scheinen sie auch in der Durchsetzung eines Merkmals nicht zu entbehren, das Glaubenssätzen anhaften kann: des Fanatismus.

Leider sind die empirischen Einwände von Uhl wenig ausgeführt. Entwicklungs- und Tiefenpsychologie verfügen über fundierte wissenschaftliche Befunde im Bereich menschlichen Lernens und kindlicher Entwicklung. Sie

werden von Uhl kaum erwähnt.

Die empirische Entgegnung sollten jene Kräfte antreten, die mit der pädagogischen Orientierung der Grünen nicht einverstanden sind. Pädagogen, die den programmierten Rückfall ins Mittelalter nicht gutheissen können und in denen sich Empörung regt, wenn sie erfahren, dass man dem Kind das erworbene Wissen der Menschheit in dem Sinn vorenthalten will, als man es ihm nicht einmal vermittelt, sondern es rein zufällig darauf stossen lässt – oder eben nicht.

Die Pädagogik der Grünen birgt viel Naivität und Unverantwortlichkeit in sich. Soll das menschliche Leben nur wieder von der Natur geleitet werden? Sind Lawinen «Natur», weil der Sturm Bäume entwurzelt hat? Sind Deiche wider die Natur? Sind Infektionskrankheiten natürlich und Hygiene eine künstliche, überflüssige Erfindung der Menschheit? Sind Analphabeten natürlicher als Menschen, die lesen und schreiben und sich so die geistige, kulturelle Entwicklung aneignen können?

Auch wenn denkende Zeitgenossen dem Anwurf der Kopflastigkeit ausgesetzt sind, so meine ich, sind wir doch aufgerufen, unsere Vernunft, mit der uns die Natur versehen hat, zu gebrauchen. Das Buch von Uhl beantwortet viele Fragen zu den weitreichenden Änderungen innerhalb der Pädagogik und ist daher äusserst lesenswert. □

## Beschwerlicher Aufstieg

zf. Geboren 1914 in Arosa und in Schiers aufgewachsen, schildert der Verfasser, Alfred Maurer, seinen Lebensweg vom Kind aus bescheidenen Verhältnissen zum Direktor einer grossen Versicherungsgesellschaft, Professor der Rechtswissenschaft und Träger des Ehrendokortitels der Uni Lausanne.

Alfred Maurer, der die dreissiger Jahre und die Kriegszeit als Erwachsener erlebte, zeichnet überdies als jahrzehntelanges Mitglied der

FDP politisches und militärisches Geschehen in der Schweiz und im Ausland nach, soweit es ihn besonders interessierte.

Das Buch – wohl die erste durchgehende Autobiographie eines Schweizer Juristen – will dem Leser Einblicke in verschiedene Zeitabschnitte geben und ihm eine leicht lesbare, abwechslungsreiche Lektüre bieten.

Verlag Helbing & Lichtenhahn, Band I: 1914–1947, 583 Seiten, Fr. 59.– ISBN 3 7190 1093 7.

\* Siegfried Uhl: Die Pädagogik der Grünen. Vom Menschenbild zur Familien- und Schulpolitik. Ernst-Reinhardt-Verlag, München/Basel 1990.



Der Wahlkampf der FDP begann in Interlaken mit einer Konferenz der Ortsparteipräsidenten. (Photos ruti)

## FDP: führende Kraft einer bürgerlichen Mehrheit

«Wir haben oft vergessen, dass wir in der Schweiz eine bürgerliche Mehrheit haben und die FDP dort die grösste Gruppe ist. Statt zu jammern, sollten wir wissen, was wir wollen, und dann entscheiden.» Das meinte der FDP-Parteipräsident unter anderem in seiner Rede zu den Ortsparteipräsidenten in Interlaken.

**Parteipräsident Franz Steinegger**

Ausbalancierung des Alltäglichen, Stehenbleiben in Negativismen und Argumentationsnotstand in neuen Fragen genügen nicht. Wir haben Perspektiven und Ideen für die Zukunft zu erarbeiten, vorzustellen und durchzusetzen.

Politische Führung heisst nicht Befehl, sondern Vorstellung von politischen Orientierungshilfen. Dabei wollen wir Freisinnigen die Probleme mit Mut und Offenheit anpacken.

Wir haben aber auch den Mut, Bewährtes auf offensive Weise zu erhalten und zu festigen.

### 700 Jahre Eidgenossenschaft

Wir feiern dieses Jahr den Bund vom August 1291. Die Eidgenossenschaft ist das einzige derartige Bündnis, das bis heute überdauert hat.

Aussenstehende bezeichnen uns als erfolgreiches Land.

● Wir haben hohen Wohlstand, obwohl wir keine Bodenschätze und keinen Mee-



FDP-Parteipräsident Franz Steinegger: «Wir wollen die Probleme mit Mut und Offenheit anpacken, wir haben aber auch den Mut, Bewährtes auf offensive Weise zu erhalten und zu festigen.»

Fortsetzung auf Seite 6

## Fortsetzung von Seite 5

resanschluss besitzen. Dank unserer Arbeit haben wir es zu etwas gebracht. Dieser Wohlstand ist regional einigermaßen ausgeglichen.

- Wir besitzen eine gute Infrastruktur an Strassen, Bahnen, Telekommunikation und anderen Einrichtungen.
- Wir haben einen hohen Standard beim Umweltschutz.
- Dank direkter Demokratie und föderativem Aufbau besitzen wir einen hohen Selbstbestimmungsgrad.
- Wir haben mit Schweden die niedrigste Armutsquote.
- Wir haben ein gutes Ausbildungssystem.
- Die Eidgenossenschaft, die Kantone und die Kommunen sind im allgemeinen solid finanziert.

### Zauberformel

Die sogenannte Zauberformel für die Zusammensetzung des Bundesrates ist nicht eine freisinnige Erfindung, sie wurde sogar zur Limitierung des freisinnigen Einflusses eingeführt. Über die Fortführung dieser Zauberformel haben wir nicht allein zu entscheiden. Die Architekten der Zauberformel sind da in einer entscheidenden, jedoch sehr ungemütlichen Lage. Wegen der Volksinitiative und der Referendumsdemokratie ist das System von Regierung und Opposition nicht einfach kopierbar.

Auf jeden Fall braucht es aber für die im Bundesrat vertretenen Parteien ein Minimum an gemeinsamen Grundlagen in der Aussen-, Sicherheits- und Innenpolitik. Wir suchen die Konfrontation nicht, wir suchen aber auch nicht die Konkordanz um jeden Preis. Solange vernünftige Gespräche geführt werden können, kann man den Kompromiss suchen. Derjenige, der den Kompromiss sucht, ist ein positiver Veränderer; derjenige, der ihn verweigert, ist entweder ein Bremsen- oder ein Umstürzer und damit für die Fortentwicklung der ganzen Gesellschaft untragbar.

Diese Spitzenleistung wird in der Eidgenossenschaft teilweise teilnahmslos, teilweise sogar feindselig zur Kenntnis genommen. Wir Freisinnigen sind aber stolz. Als grösste Partei haben wir massgebenden Anteil. Wir glauben, dass wir eine gute Ausgangslage für unser 8. Jahrhundert haben.

Wir Freisinnigen anerkennen unsere Gegenwart und unsere Vergangenheit, teilweise leidvoll, teilweise freudig. Wir wenden uns gegen diejenigen, die Vergangenheit und insbesondere Gegenwart als elend und verachtenswert verwerfen. Wir haben auch keine Lust mehr, diese Elendspropaganda, mit der uns Not und vermeintliches Elend andemonstriert werden soll, auch noch zu bezahlen.

### Liberalismus als Grundlage

Der Zusammenbruch des marxistischen Ostens hat gezeigt, dass nicht der Sozialismus die zukunftsfähige Lösung ist, sondern Liberalismus und Marktwirtschaft. Daraus ziehen wir einen doppelten Schluss:

Wachsamkeit und Verteidigungswille waren für die Bekämpfung des marxistischen Expansionsdranges entscheidend. Dabei haben sich auch undemokratische Übertreibungen ereignet. Dieses Problem ist zu bewältigen. Die Dinge dürfen dadurch aber nicht auf den Kopf gestellt werden. Recht haben diejenigen erhalten, welche für Festigkeit eintraten. Diejenigen, welche die Herausforderung vermeiden wollten oder aus dem Sozialismus ihre Anleihen zur Lösung der Probleme bezogen haben, sind zur Vergangenheitsbewältigung aufgerufen und nicht zum Auftritt als Saubermacher und Ankläger.

Wir müssen uns unsere radikalen und liberalen Wurzeln wieder bewusstmachen und die liberalen Grundlagen konsequent für die Lösung der Zukunftsaufgaben nutzen.

Mit der Liberalismustagung vom Januar 1990 und dem liberalen Manifest haben wir die Grundlagen erarbeitet.

### Politik der inneren Reformen

Politik ist dynamisch. Wir sind ständig auf der Suche nach dem Besseren. Wir nehmen die Mühe und Arbeit gerne auf uns, die Wirklichkeit zu verbessern. Wir wollen aber Veränderungen in unserer Eidgenossenschaft und flüchten nicht in ein Vollkommenheitsversprechen für die Zukunft mit gleichzeitiger Verdammung der Gegenwart als Elend, Ausbeutung und Entfremdung. Wir Freisinnigen bauen auf ein Erbe von mehr als einem Jahrhundert liberaler Bemühungen und Entwicklungen sowie von 700 Jahren Freiheit und Unabhängigkeit auf.

Wir setzen auf Anpassung und Umbau und nicht auf Abschaffung. Gerade das Jahr 1991 zeigt, dass wir Reformen, eine Verjüngungskur – und zwar eine liberale Verjüngungskur – brauchen.

### Schwergewichte

Im bisherigen Spannungsverhältnis Ost - West offenbart sich eine entspannte Lage. Dies ist eine Herausforderung für unsere Aussen- und Sicherheitspolitik. Wir müssen unsere Position in einem neuen Europa und in einer multipolaren Welt suchen.

Der Wegfall der Bipolarität West - Ost muss unser Bewusstsein für andere Bedrohungen für unsere existentiellen Grundlagen schärfen:

- Umwelt- und Ressourcenproblem
- technologische Katastrophen
- Konflikt- und Gefährdungspotential der Dritten Welt

Im Verhältnis zur Dritten Welt sollen wir aber nicht aus schlechtem Gewissen heraus oder aus sozialistischer Schwärmerei handeln. Nach einem Vierteljahrhundert oder mehr politischer Unabhängigkeit ist die Dritte Welt sich selbst verantwortlich. Es sind humanitäre Gründe und die Bedürfnisse unserer langfristigen Existenzsicherung, welche nach grösseren Anstrengungen verlangen, also Hilfe aus Einsicht und nicht mit reuigem An-die-Brust-Klopfen.

### Herausforderung 1991

Wir Freisinnigen sind 1991 auf doppelte Weise herausgefordert. Wir haben uns mit emotionalem Engagement und Realismus an der Diskussion über die Zukunft der Schweiz zu beteiligen. Wir haben aber vor allem sicherzustellen, dass anlässlich der Wahlen im Herbst die richtige, die zukunftsfähige Richtung mit den liberalen Werten von Freiheit, Selbstverantwortung und Wettbewerb gewiesen wird, dass der Wegweiser richtig gestellt wird. Für den Wahlsieg ist entscheidend, dass wir die liberalen Kräfte mobilisieren. Entscheidend ist, dass es uns Freisinnigen gelingt, unsere Sektionen zu aktivieren. Wir alle müssen unsere politische Meinung wieder öffentlich bekennen, müssen argumentieren, für die eigene Überzeugung werben, Fehlleistungen kritisieren, wir müssen mündlich und schriftlich Druck erzeugen. Dieser öffentliche Druck mit unserem politischen Bekenntnis ist entscheidend.

Alles deutet darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Leistungsbilanz in Europa weiterhin mit hoher Dynamik entwickelt. Wir sind zwar nicht Mitglied der EG, profitieren aber von dieser Entwicklung.

### Stellung in Europa

Wir sind ein Teil Europas. Es ist nicht nur eine geographische Feststellung. Wir sind auch wirtschaftlich ein Teil Europas. Auch gesellschaftlich sind wir voll integriert. Darüber hinaus gibt es Probleme, welche nicht an den Grenzen haltmachen.

Diesen Tatsachen haben wir Rechnung zu tragen. Diese Verbindung und Vernetzung muss geregelt sein. Hierfür werden gegenwärtig drei Lösungen diskutiert:

- bilaterale Abmachungen
- Vertrag über den EWR
- Beitritt zur EG.

Daneben gibt es auch Diskussionen über eine neue Europa-Architektur.

Mit der Europafrage müssen wir uns ernsthaft und intensiv auseinandersetzen. Aber wir sollen uns nicht selbst unter Erfolgs- und Zeitdruck setzen. Hierzu besteht kein Anlass.

Unter Erfolgs- und Zeitdruck würden wir erst geraten, wenn wir unsere inneren, z. B. wirtschaftlichen, Probleme nur durch den Beitritt zur EG lösen könnten oder mindestens die Hoffnung dazu hätten. Unter Erfolgs- und Zeitdruck würden wir im weiteren geraten, wenn wir ob lauter Selbstzweifel zur kollektiv-psychischen Läuterung in die EG gehen müssten.

Ich bin der Auffassung, dass wir eine überlegte und begründete Entscheidung treffen können. Sicher ist es richtig, dass wir zunächst die Möglichkeiten des EWR ausloten sollen, wie dies unser Parteitag im April 1990 beschlossen hat. Es gibt auch keine andere Möglichkeit, als diese gemeinsame Idee, welche von der EG massgebend gestaltet worden ist, zu diskutieren, um so mehr als die EG gegenwärtig gar nicht aufnahmewillig und vornehmlich mit ihrer eigenen Vertiefung beschäftigt ist.

Gleichzeitig sollen wir aber auch den blockfreien Weg detailliert überlegen. Ich verstehe hier blockfrei in einem neuen Sinne, unter Berücksichtigung der Wirtschaftsblöcke EG, USA und Japan. Vielleicht ist auch an eine neue Institution zu denken, welche alle europäischen Demokratien umfasst, eine neue Architektur Europas im Sinne von Havel.

Ohne Frage sollen wir die Integration in die EG mitüberlegen. In der EG ist der Konflikt zwischen föderalistischen und zentralistischen Europa-Vorstellungen noch nicht geklärt. Es ist deshalb notwendig, dass auch wir eine Vorstellung entwickeln, wie ein Europa aussehen könnte, in das wir uns voll integrieren können.

Dass es neben Gemeinde, Kanton und Eidgenossenschaft noch eine vierte europäische Ebene gibt, auf der Probleme zu lösen und Beschlüsse zu fassen sind, ist einsichtig. Das Problem besteht darin, dass diese vierte Ebene den föderali-

stischen Aufbau und demokratische Errungenschaften nicht in Frage stellen soll. Föderalistischer Aufbau ist für die Freiheit die bessere Garantie als Menschenrechtskonvention und Europäischer Gerichtshof.

## Anpassungsfähigkeit

Die weltweite Konkurrenz und neue Entwicklungen verlangen die Erhaltung und Verbesserung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit, verlangen von uns Anpassungen und mehr ordnungspolitische Disziplin.

Wir müssen unser Haus so in Ordnung halten und so anpassen, dass wir der internationalen und der europäischen Herausforderung gewachsen sind. Dies bedeutet Auslüftung, Deregulierung, Abbau von ineffizienten Privilegien, dies bedeutet Schaffung einer leistungsfähigen und umweltfreundlichen Infrastruktur.

Unsere Entscheidungsorgane sind teilweise überlastet oder kennen ihr eigentliches Geschäft nicht mehr. Überdies sind unsere Entscheidungsabläufe beziehungsweise die Durchsetzung der Entscheide in Frage gestellt.

In der Konkurrenz zwischen demokratischem Entscheid und rechtsstaatlichem Vollzug muss wieder sichergestellt werden, dass die Entscheide tatsächlich realisiert werden.

Die liberale Gesellschaft hat unsere Möglichkeiten zur Selbstbestimmung gewaltig gesteigert. Es gibt deshalb auch wachsende Folgen der misslingenden Fähigkeit zur Selbstbestimmung. Ich denke an Sucht, Drogen usw. Es gibt auch unverschuldete Armut, es gibt auch soziale Ungerechtigkeiten gegenüber geschiedenen Müttern, jungen Familien usw. Gerade die jungen Familien sind heute auf vielfältige Weise benachteiligt.

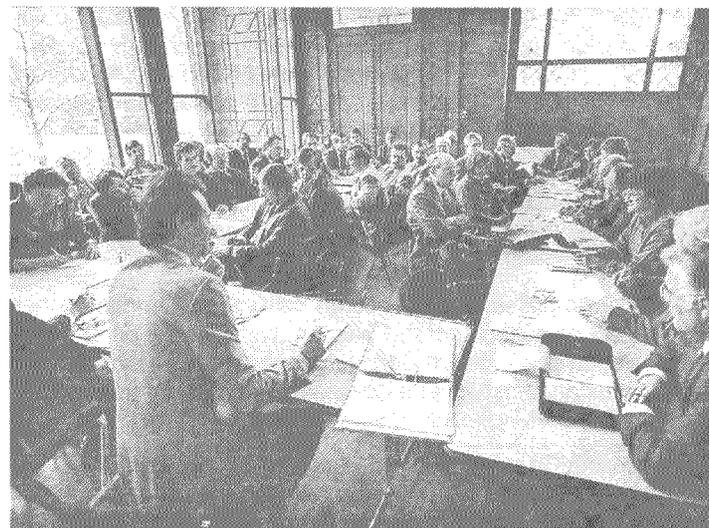
Wir haben deshalb eine moderne Sozialpolitik zu definieren. □



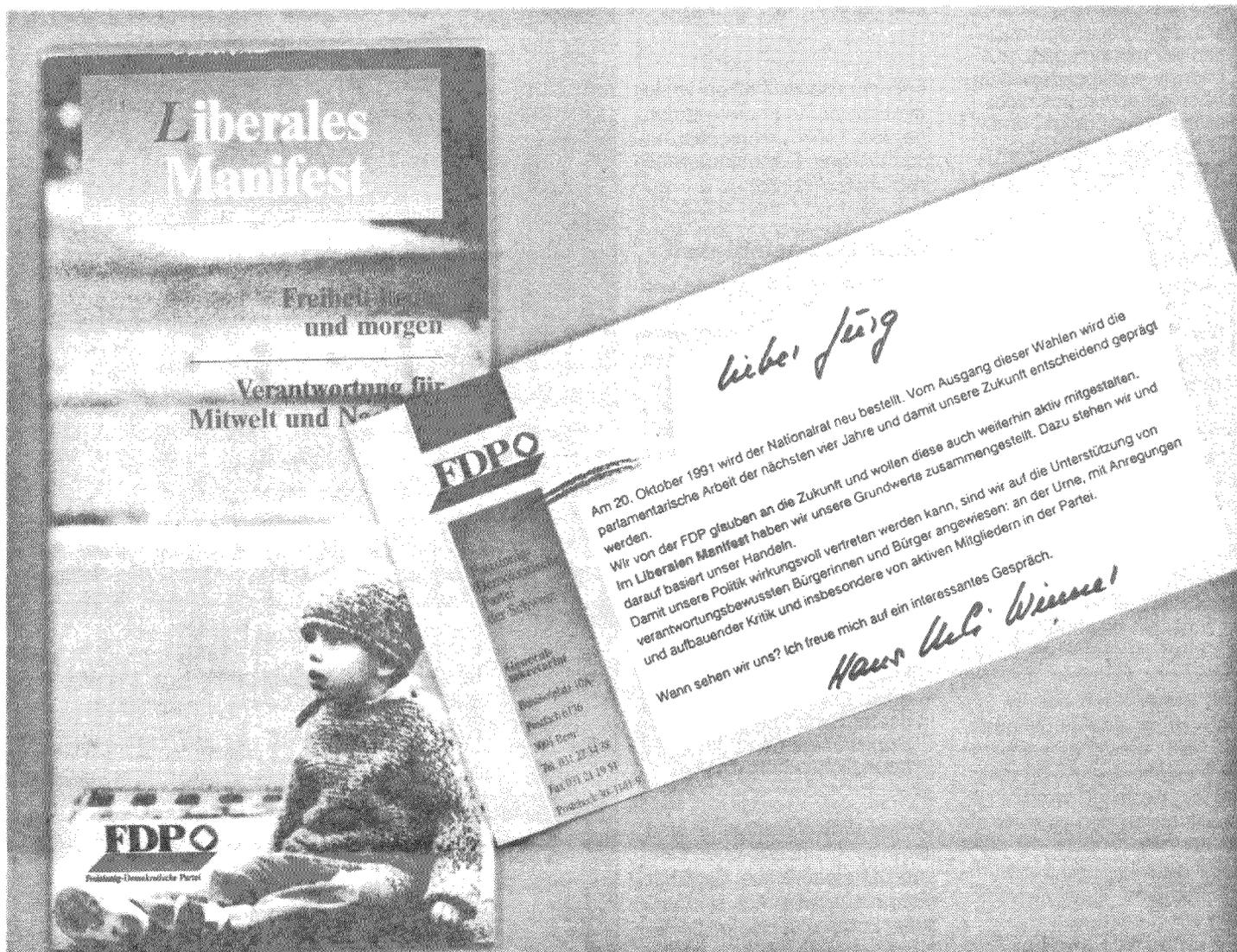
«Freiheit gewinnt» – «Les Radicaux: les optimistes réalistes»: mit diesen Slogans geht die FDP ins Wahljahr 1991. (Photos ruti)



Im Kursaal Interlaken fanden die Ortsparteipräsidenten alles, was die FDP der Schweiz Ihnen für ihren Wahlkampf zu bieten hat.



Der FDP-Parteipräsident rief die Freisinnigen dazu auf, für die eigene Überzeugung zu werben, ihre politische Meinung mutig öffentlich zu bekennen. Die Konferenz in Interlaken war ein wichtiger Schritt in diese Richtung.



## Freiheit gewinnt – Schneeballaktion

Wir blicken auf eine ereignisreiche Zeit zurück. Unsere freisinnigen Ideen, Freiheit, Selbstverantwortung und Solidarität, haben sich in weiten Teilen der Welt durchgesetzt, nachdem sie jahrzehntelang verboten waren und die Entwicklung der Menschen in diesen Regionen verhindert. Zu Recht fühlen wir Freisinnigen uns bestätigt: Freiheit gewinnt.

1991 ist für die Schweiz ein ereignisreiches Jahr. Wir feiern den 700. Geburtstag der Eidgenossenschaft, und am 20. Oktober wird der Nationalrat neu zusammengestellt, werden die meisten Ständeräte gewählt.

Der Wahlkampf wird von unseren politischen Gegnern sicher hart und oft persönlich geführt werden, weht diesen doch durch das Obsiegen des liberalen Gedankengutes weltweit ein frostiger Wind entgegen. Jetzt sollte es deshalb einfach sein, unsere Reihen durch neue Mitglieder zu verstärken.

Aus diesem Grund bitten wir Sie persönlich um eine kleine Anstrengung: Gewinnen Sie ein neues Mitglied für unsere Ideen, für unsere Partei! *Zu diesem Zweck erhalten alle Leserinnen und Leser des «Freisinn» unaufgefordert zwei Exemplare des «Liberalen Manifestes». Eines davon gehört Ihnen!*

Das zweite bitten wir Sie unverzüglich an eine Person aus Ihrem Freundes- oder Bekanntenkreis – vergessen Sie insbeson-

dere nicht die jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger – weiterzuleiten. Benützen Sie dazu die beigelegte Karte, versehen Sie diese mit einer persönlichen Anschrift und Ihrer Unterschrift.

**Wenn es uns gelingt, unsere Mitgliederzahl substantiell zu erhöhen, haben wir den ersten Baustein für einen Wahlerfolg im Jahre 1991 bereits gelegt!**

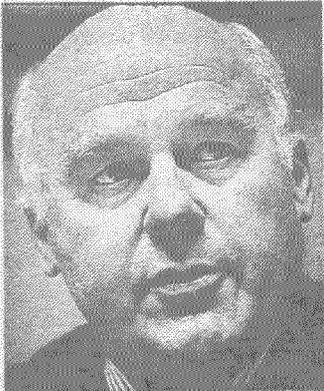
Wir danken Ihnen für Ihr aktives Mitmachen im Dienste unserer freiheitlichen Ideale.

### Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Der Parteipräsident: *Franz Steinegger*, Nationalrat  
Der Fraktionspräsident: *Pascal Couchepin*, Nationalrat  
Der Generalsekretär: *Christian Kauter*

**Sollten Sie noch weitere Liberale Manifeste benötigen, rufen Sie einfach Tel. (031) 22 34 38 an. Wir senden Ihnen sofort die benötigte Anzahl zu.**

## Freiheit als Aufforderung



Zu Kontakt und Auseinandersetzung rief Nationalratspräsident Ulrich Bremi (FDP/ZH) in seiner Rede zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft in Bellinzona auf.

(Photo ruti)

Wir feiern heute unsere Unabhängigkeit. Vor 700 Jahren waren es die drei Urkantone, die sich zu einem unabhängigen Bund, zu einem trotzigem Bund, zu einem Trutzbund zusammengeschlossen haben. Aus den drei Urkantonen wurde die Schweiz. Wir betrachten es als selbstverständlich, dass wir diese erkämpfte Unabhängigkeit gleichsetzen können mit dem Begriff der Freiheit. Ist es aber wirklich so, dass die Unabhängigkeit die Freiheit zwangsläufig enthält? Ich glaube es nicht.

Die Freiheiten sind auch in einem unabhängigen Staat nicht vorgeprägt. Wir müssen aus der Geschichte lernen, dass Freiheiten immer wieder erkämpft und erobert werden müssen. Und so muss auch die Demokratie erkämpft und erobert werden, denn sie ist die geordnete Form unserer Freiheiten. Wenn die Bürger Demokratie und Freiheiten nicht nutzen, sind Demokratie und Freiheit verspielt.

Redefreiheit ist dann gegeben, wenn die Menschen frei reden. Wirtschaftsfreiheit ist dann gegeben, wenn die Menschen frei wirtschaften. Die Freiheit zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist dann gegeben, wenn Bürger da sind, die das Land mit ihren anderen und

morgigen Gedanken entwickeln. Meinungsfreiheit ist dann gegeben, wenn abweichende Meinungen frei geäußert werden.

Wir können die Freiheiten nicht in den Schrank der Geschichte schliessen, um sie später hervorzukramen. Würden wir das tun, müssten wir die fürchterliche Entdeckung machen, dass sie ungenutzt verschwunden sind. Freiheit ist weder Zustand noch Anspruch, sondern Aufforderung und Auftrag. Leistung heisst die unbequeme Schwester der Freiheit. Freiheit in einer Demokratie darf nie und nimmer ein exklusives Recht sein. Viel Freiheit für wenige, das ist Diktatur. Viele Freiheiten für alle, das ist Demokratie.

Jede Bürgerin und jeder Bürger braucht die Freiheit, den eigenen Weg zu gehen. Als Jugendliche, als Mutter, als Politiker, als Unternehmer oder als Künstler kann man herausragen oder abweichen. Können wir damit umgehen? Die jüngste Vergangenheit hat uns gezeigt, wie ängstlich und intolerant wir gegenüber Mitgedenossen waren. Aus dieser Erfahrung müssen wir lernen. Wir brauchen das Vertrauen in den Einzelnen. Vertrauen in den Einzelnen bedeutet auch Vertrauen in die Freiheit.

Wir brauchen die Leistungen und die Ideen des Einzelnen. Wir brauchen dies in der Schule, in der Öffentlichkeit, im Unternehmen, in der Familie. Leistungen sind nur zu erbringen in einem Klima des Vertrauens. Wir brauchen die Freude und die Lust am Risiko der Freiheit und der Toleranz.

Ich rufe Sie auf, in diesem Jahr auf Mitbürgerinnen und Mitbürger zuzugehen, die ihre schweizerischen Freiheiten in anderer Richtung nutzen, als Sie es selbst tun. In solchem Kontakt, in solcher Auseinandersetzung, in solcher Spannung entsteht immer wieder neu unsere Schweiz. *Ulrich Bremi*

## A. o. Delegiertenversammlung

### Parolenfassung und Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre

Samstag, 26. Januar 1991, 9.30 Uhr in Basel, Kongresszentrum Mustermesse, Saal Singapore (Tram 2 oder 8 bis Muba)

#### Programm

- 9.30 Uhr Kaffee, Gipfeli
- 10.00 Uhr Begrüssung durch den Parteipräsidenten
- 10.30 Uhr **Abstimmungsparolen Volksinitiative zur «Förderung des öffentlichen Verkehrs»**  
Streitgespräch unter der Leitung von *Nationalrat Dr. Paul Wyss, BS*  
**pro:** *Nationalrat Paul Günther (LDU/BE)*  
**contra:** *Nationalrat Karl Weber (FDP/SZ)*  
Diskussion und Beschlussfassung
- Stimm- und Wahlrecht 18**  
Einführung durch *Nationalrat Pascal Couchepin (FDP/VS)*  
Diskussion und Beschlussfassung
- 12.00 Uhr Lunch
- 13.15 Uhr **«Die schweizerische Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre»**  
Referat von *Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz*
- 13.45 Uhr Kurzreferate zu Themen möglicher Deregulierung:  
**Bildung:** *Hans Rudolf Striebel, Regierungsrat, BS*  
**Finanzmärkte:** *Claudio Generali, Generaldirektor Gotthardbank, TI*  
**Gesundheit:** *Prof. Dr. oek. Jürg H. Sommer, Universität Basel, BS*  
**Telekommunikation:** *Prof. Dr. René Rhinow, Ständerat, BL*  
**Umwelt:** *Maurice Jaccot, Grossrat, NE*  
**Wohnen:** *Vreni Spoerry, Nationalrätin, ZH*
- 14.45 Uhr Diskussion im Plenum und Verabschiedung einer Resolution  
Leitung:  
Parteipräsident *Nationalrat Franz Steinegger, UR*
- 16.00 Uhr Schluss der a. o. Delegiertenversammlung

Zur a. o. Delegiertenversammlung sind alle Parteimitglieder eingeladen.

Der/die Unterzeichnete nimmt an der a. o. Delegiertenversammlung vom 26. Januar 1991 in Basel teil.

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Talon bitte an das Generalsekretariat FDP, Postfach 6136, 3001 Bern, senden.

# Zu welcher Schweiz steht die FDP?

**Wir erleben gegenwärtig eine Periode des totalen Umbruchs. Das kommt allerdings nicht von ungefähr: Je länger man bestimmte Verhältnisse ohne Rücksicht auf ihre Kosten verlängert, desto rascher vollzieht sich der Zusammenbruch, wenn die Grundlagen ausgehöhlt sind. Die Schweiz braucht daher dringend ein neues Selbstverständnis. Die FDP ist aufgerufen, diese Herausforderung anzunehmen und zu bestehen.**

◊ **Walter Wittmann**

Seit den siebziger Jahren sind wir mit dem Sterben von Modellen konfrontiert. Zuerst geriet der Wohlfahrtsstaat – international – in die Krise. Es kam in den achtziger Jahren zur Renaissance der Marktwirtschaft: das aber in sehr unterschiedlichem Ausmasse und nicht in allen Industrieländern. Ab Ende der achtziger Jahre bricht der reale Sozialismus zusammen: Es kam in diesen Ländern zu einer Kettenreaktion. Das koinzidiert mit dem Ende des schwedischen Modells. Die ersten Voraussagen dazu stammen aus den siebziger Jahren. Nun ist es definitiv soweit; das schwedische Modell ist so teuer geworden, dass es selbst bei Mobilisierung der «letzten Reserven» einfach nicht bezahlt werden kann. Übrig geblieben ist die – soziale – Marktwirtschaft, einen «dritten Weg» kann es auf die Dauer nicht geben. Er driftet nämlich entweder nach «links» oder nach «rechts» ab. Wer das nicht zur Kenntnis nimmt, der versucht – wider jede Erfahrung – ohne Aussicht auf Erfolg einen «Sonderweg» zu gehen, der in der Sackgasse endet!

## Überfordert?

Die Welt ist gegenwärtig mit der Schweiz nicht «gnädig». Sie wird von allen Seiten zur Öffnung aufgefordert: EG, EWR, Gatt, IMF, KSZE, OECD, Uno und Weltbank. Das ist (zu)viel auf einmal.

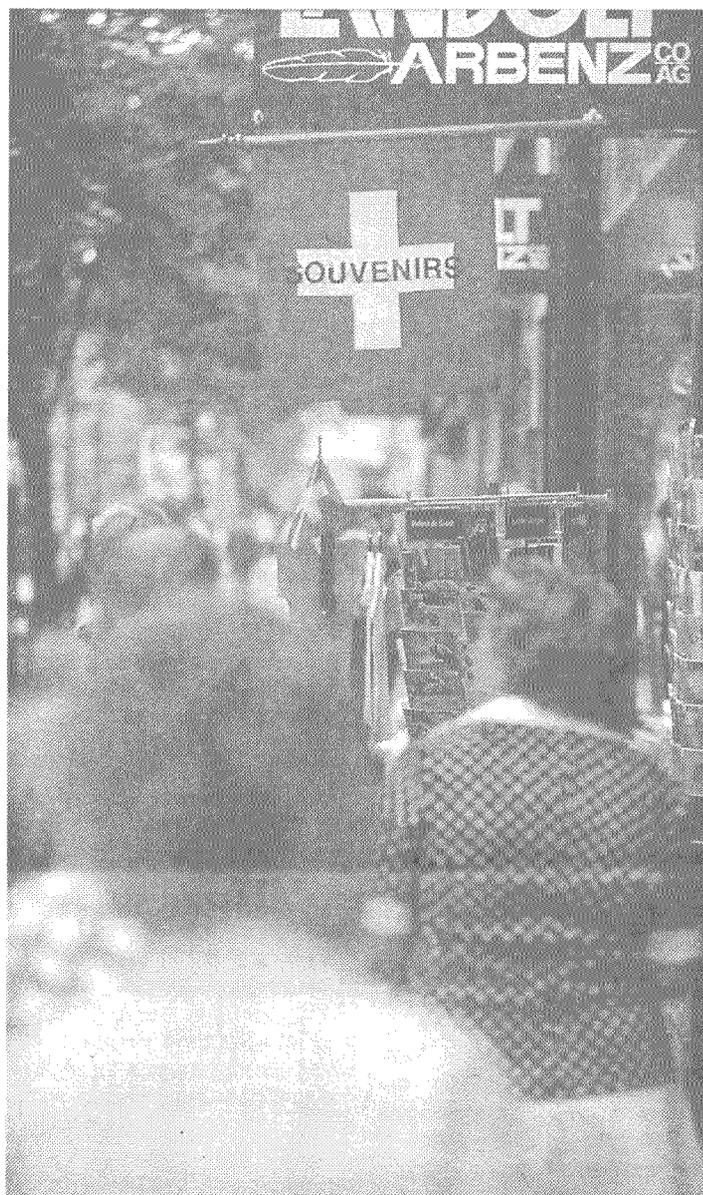
Daran sind wir aber allein schuld, denn wir haben uns hartnäckig geweigert, uns finanziell, ökonomisch und politisch in die internatio-

nale Gemeinschaft zu integrieren. Nun stehen wir vor einem Berg ungelöster Probleme und bedauern uns selbst, dass wir überfordert sind.

Die Reaktionen fallen sehr unterschiedlich aus. Die einen verteidigen den Status quo mit allen Kräften. Die anderen erkennen – widerwillig – die Notwendigkeit der Anpassung. Ihr Ziel ist es, möglichst viel vom Bisherigen zu retten. Für eine radikale Umkehr ist eine Minderheit. Sie wird nicht selten mit dem Vorwurf konfrontiert, sie denke und handle unschweizerisch. Dominant ist noch immer das traditionelle Argument: Wir sind ein Sonderfall, ein Modell für die – übrige – Welt. Die anderen, nicht wir, haben sich anzupassen.

## Vom Sonderfall zum Normalfall

Seit dem «helvetischen Malaise» (M. Imboden, 1964) haben sich Ökonomen, Politologen und Soziologen regelmässig mit den Unzulänglichkeiten der Schweiz befasst. Die Frage nach dem Sonderfall ist seit dreissig Jahren gestellt! Doch das blieb ohne Einfluss auf die Politik. In der jüngsten Vergangenheit ist insofern ein Durchbruch gelungen, als eine Anhäufung von empirischen Untersuchungen für jedermann erkennbar ergab: Die Schweiz ist nicht erst heute unterwegs vom Sonderfall zum Normalfall (W. Wittmann, 1990). Es ist allerdings nicht gesichert, dass sie nur Normalfall wird. Wenn sie nicht bald Gegensteuer gibt, könnte die Schweiz schon im Laufe der neunziger Jahre zum Sanierungsfall (S. Borner, 1990) werden!



*Wird die Schweiz vom Sonder- zum Normalfall? Oder könnte sie im Laufe der neunziger Jahre zum Sanierungsfall werden?*

Photo AMK

## Abwehrreflexe

Es gibt eine Reihe von Gründen, wieso der Ernst der Lage kaum erkannt wird. Das ist insofern bedauerlich, als so kostbare Zeit für eine grundlegende Erneuerung der Schweiz verloren geht. Die folgenden Überlegungen zeigen u. a., wo es «klemmt»:

Wer im politischen Alltag aufgeht, der läuft Gefahr, «betriebsblind» zu werden. Er ist ständig am Reagieren, ohne über eine konsistente Konzeption zu verfügen. So erkennt er die strukturellen Veränderungen, die sich «heimlich, still und leise» vollziehen, nicht. Daher kann er z. B. von einem «Trendbruch» überrascht wer-

den. Er steht unerwartet vor dem Normalfall!

Je länger jemand an der «bisherigen Politik» beteiligt ist, desto wahrscheinlicher wird er diese verteidigen. Von ihm darf man kaum verlangen, dass er plötzlich «alles und jedes» in Frage stellt und seine eigene Politik als «falsch» einstuft. Es ist nur verständlich, dass er das für richtig hält, was er tat!

Kritik kommt in der Regel von «Aussenseitern» und nicht selten aus der Wissenschaft. Die Politik ist gegenüber Forschungsergebnissen skeptisch, wenn sie von den Erwartungen abweichen. Sie spricht von Theorie, die nicht zur Praxis passe! Daher haben wis-

senschaftliche Untersuchungen, wenn überhaupt, nur dann eine Chance, politisch relevant zu werden, wenn sie «just in time» kommen. So gegenwärtig in bezug auf den Sonderfall.

Das Establishment identifiziert sich in hohem Masse mit dem jeweiligen System. Es verteidigt dieses konsequent gegen Einwände von aussen. Die Verflechtung von Politik, Wirtschaft und Armee verleiht diesem «Kreis» ein hohes politisches Gewicht. Es versteht sich daher von selbst, dass es besonders schwierig ist, dagegen an- und durchzukommen. Schätzt das Establishment die «Lage der Schweiz» nicht richtig ein und setzt es die bisherige Politik fort, so könnte das verhängnisvoll werden. Es würde im Interesse des Landes handeln, den Widerstand aufzugeben, um sich die berechnete Kritik zu eigen zu machen.

Die politische Praxis kennt eine Reihe von «Abwehrreflexen». So hat sich das Bisherige bewährt! Die Frage ist allerdings, für wen. Für die Schweiz jedenfalls nicht. Wer die Unzulänglichkeiten des Systems aufzeigt, der wird konfrontiert mit: «Die Ergebnisse können sich aber sehen lassen.» So wird es möglich, auf Systemreformen zu verzichten. Gerät man unter Druck einer massiven Kritik, so ist diese «einseitig», «übertrieben», «zu hart» oder «unschweizerisch». Zudem ist alles nicht so schlimm, wie «Besserwisser» es wahrhaben wollen. Das gibt die Möglichkeit, im bisherigen Stil weiter zu politisieren. Hilft gar nichts mehr, so hat man sich geopfert, um «Schlimmeres zu verhüten». Wer sich so verhält, der kann zwar retardieren, er kommt – verspätet – aber dorthin, wo er eigentlich nie hin wollte. Schliesslich wird der Joker gezogen. Die Schweiz kann nur «konkordant» regiert werden, dazu gibt es keine Alternative. Dieses deterministische und defaitistische Denken (und Handeln) provoziert die Frage: Muss an der Konkordanzdemokratie auch festgehalten werden, wenn die Schweiz dadurch «ruiniert» wird? In dem Masse, wie man zugibt, dass Reformen notwendig seien, betont man zugleich, es seien nur «kleine Schritte» möglich. Das schliesst fundamentale und ra-

dikale Massnahmen offenbar aus!

### Kritik überfällig

Es ist nicht zu übersehen, dass es der Schweiz (mehr als) schwer fällt, sich zu einem Kurswechsel durchzuringen. Das ist durchaus verständlich. Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben Mythen, Dogmen und Tabus so an Bedeutung gewonnen, dass es zunehmend unmöglicher wurde, wirksam Kritik an der traditionellen Schweiz zu üben.

Doch inzwischen klaffen Anspruch und Wirklichkeit so auseinander, dass es aus liberaler und marktwirtschaftlicher Sicht überfällig ist, «alles und jedes zu jeder Zeit» ohne Rücksicht auf Personen, Institutionen und Traditionen in Frage zu stellen. Das erst macht den Weg frei, die «ordnungspolitische Verwahrlosung der Schweiz» (G. Schwarz, 1990) zu beenden.

Je länger damit zugewartet wird, desto grösser ist die Gefahr, dass eine historische Entwicklung sich auch hierzulande wiederholt: Die traditionelle Politik, die vom «schleichenden Sozialismus» dominiert ist, wird so lange fortgesetzt, bis das Land ökonomisch, finanziell und politisch ruiniert ist. Es ist daher unbedingt erforderlich, diesen Niedergang zu vermeiden und so rechtzeitig Gegensteuer zu geben, dass es der Schweiz gelingt, eine Ausnahme von der weltweiten Erfahrung zu machen.

### Programm der Erneuerung

Dazu ist ein Programm der Erneuerung ohne jegliche Vorbedingung zu entwerfen und rasch durchzusetzen:

Die Öffnung nach aussen ist in jeder Beziehung überfällig geworden. Der Druck, der vom Ausland auf die Schweiz ausgeht, ist eine historische Chance, jene Reformen im Inland durchzuführen, zu denen das Land sonst weder willens noch imstande wäre.

Die Schweiz ist weit davon entfernt, im Inland jene vier Freiheiten – nämlich für Personen, Güter, Kapital und Dienstleistungen – verwirklicht zu haben, die für einen «Binnenmarkt» unerlässlich sind. Das

Ziel der neunziger Jahre ist die Schaffung eines schweizerischen Binnenmarktes!

Die soziale Komponente ist systemgerecht zu gestalten, sie muss zur Marktwirtschaft passen. Dabei ist es notwendig, den Wechsel von der Objekt- zur Subjektförderung vorzunehmen.

Die Schweiz tut gut daran, sich rasch von jenen Elementen des Sonderfalls zu trennen, die ihrer Erneuerung im Wege stehen. Es geht u. a. um die Anpassung des Milizsystems, des Föderalismus, der direkten Demokratie und der Neutralität.

Unerlässlich ist ein Systemwechsel, weg von der Ablauf- und Prozesspolitik hin zu einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik. Es sind verfassungsmässige Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass nur noch «marktkonforme» Interessen wahrgenommen und durchgesetzt werden können.

Die Schweiz braucht dringend ein neues Selbstverständnis: Je länger sie damit zuwartet, desto grösser ist die Gefahr, zu spät zu kommen. Das darf aber unter keinen Umständen geschehen. Im Jahr 1991 bietet sich die Chance, jenes neue Selbstverständnis zu schaffen, auf das die Eidgenossenschaft für eine erfolgreiche Bewältigung der Zukunft angewiesen ist!

### FDP gefordert

Ohne die FDP wird es weder eine Erneuerung des Landes im allgemeinen noch eine marktwirtschaftliche Wende im besonderen geben. Die FDP ist daher sowohl im eigenen als auch im Interesse des Landes aufgerufen, diese Herausforderung anzunehmen und zu bestehen. Ihr muss es rasch gelingen, das – verfehlt – Image der «Wirtschaftspartei» abzuliegen, um sich ausschliesslich als «Partei der sozialen Marktwirtschaft» zu profilieren. Dabei ist es nur folgerichtig, keine andere Politik – mit wem auch immer – mitzutragen, um sich am Niedergang der Schweiz nicht mitschuldig zu machen: Mehr als dreissig Jahre «Zauberformel» sind genug. Es ist überfällig, eine Alternative anzubieten, um mehr Wähler für die FDP an die Urne zu bringen. □



Walter Wittmann

Walter Wittmann, Jahrgang 1935, studierte Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Freiburg (Schweiz), Münster in Westfalen und Louvain in Belgien. Seit 1967 ist er ordentlicher Professor für öffentliche Finanzen an der Universität Freiburg (Schweiz). Er war Gastprofessor an den Universitäten Basel und Wien. Seit 1980 ist er Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Zukunftsforschung. Er ist Autor von Lehr- und Sachbüchern. Seit Jahren schreibt er regelmässig für: «Frankfurter Allgemeine», «Neue Zürcher Zeitung», «Welt am Sonntag», «Technische Rundschau» und «Schweizer Monatshefte». Sein zentrales Anliegen ist die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft: Sie ist seiner Meinung nach die einzige Alternative zum Wohlfahrtsstaat. Wittmann ist Mitglied der FDP des Kantons Graubünden.

Garten- und Landschaftsarchitekten,  
Erdbauingenieure

Wir planen, bauen, bestellen  
und pflegen auch Ihren Garten  
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

## Ein Thema für freisinnige Politiker

Es ist für viele Durchschnittsbürger äusserst schwierig bis unmöglich, im Bedarfsfall eine finanziell tragbare Wohnung zu finden. Es wird zwar weiterhin viel gebaut, aber in der Regel Wohnungen mit allem Komfort und entsprechend teuer. Die heutigen Architekten und Bauherren scheinen nicht willens zu sein, einfache Wohnungen zu erstellen. Klar, das Architektenhonorar bzw. die Rendite steigen mit grösseren Baukosten. Reines Profitdenken! Dabei sind einfache, erschwingliche Wohnungen Mangelware.

Da werden solche von den Behörden und Arbeitgebern für Asylanten und Fremdarbeiter «abserviert». Jugendliche machen sich früher selbständig und wollen eine Wohnung (+Auto!). Früher tat es ein Zimmer bei einer «Schlummermutter».

Aber da gibt es auf der andern Seite eine riesige Wohnraumverschwendung. Unzählige Mieter von grossen (Alt-)Wohnungen, meistens

Personen, deren Wohnraumbedarf durch Verlust des Ehepartners, Wegzug der Kinder usw. stark zurückgegangen ist, würden liebend gern eine kleinere Wohnung beziehen. Das ist aber praktisch unmöglich, denn eine solche ist halt ein Mehrfaches teurer, sofern überhaupt auffindbar. Also bleiben Tausende von Witwen und Ehepaare ohne Kinder in ihren 4- oder 5-Zimmer-Wohnungen. Es fehlen also auch für diese Leute preiswerte Wohnungen ohne besondern Komfort. Dies in erschlossener Umgebung, mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe. Im Gegenzug würden grosse, erschwingliche Wohnungen frei für Familien. (Sofern nicht die Vermieter die Gelegenheit für einen massiven Aufschlag benutzen.)

Müsste da nicht eine Art Markt geschaffen werden, zum Wohl der Allgemeinheit? Ein Thema für die freisinnigen Politiker!

*Bruno Rimensberger, Adliswil*

## Holzhammermethoden

Ohne Zweifel muss gerade die Privatwirtschaft immer wieder dafür sorgen, dass der wuchernde Bürokratismus innerhalb eines Unternehmens, aber auch unangebrachte Privilegien periodisch abgebaut werden (was z. B. in der Staatsverwaltung leider wenig geschieht – siehe Fichenaffäre). Ein solches Reineinmachen darf jedoch nicht dazu führen, dass dabei die primitivsten Anstandsregeln gegenüber den Menschen, die davon betroffen werden, missachtet werden. So holt Adrian Gasser zum Rundumschlag aus, wenn er meint, er müsse den «Wildwuchs» in der Spinnerei an der Lorze von einem Tag auf den andern rigoros eliminieren – und zwar genau auf dem Bukkel der in diesem Fall für die sogenannten Missstände in der Organisation wohl am wenigsten Verantwortlichen: auf demjenigen der Betriebsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter.

Immerhin konnte diese Spinnerei im Jahre 1989 einen Gewinn von 1,1 Millionen Franken erwirtschaften – im Gegensatz zu manch anderem Betrieb in dieser Branche. Die Spinnerei in Baar darf – nach allem, was der Presse entnommen werden konnte – also als kaum grundsätzlich in der Existenz gefährdet bezeichnet werden.

Was aber an der ganzen Angelegenheit besonders stört, ja aus meiner Sicht als eigentliche Unanständigkeit bezeichnet werden muss, ist der Zeitpunkt, den Adrian Gasser für die Ankündigung seiner «Auf-räumarbeiten» gewählt hat: kurz vor Weihnachten. Es braucht meiner Meinung nach schon eine gehörige Portion Gefühllosigkeit, seiner Belegschaft derart unerfreuliche Nachrichten quasi unter den Weihnachtsbaum zu legen. Weihnachten ist ohnehin für viele Menschen eine schwierige Zeit und damit der absolut

falsche Zeitpunkt für solche Botschaften – selbst wenn sie, rein unternehmerisch betrachtet, noch so notwendig sind. Wenn ein Unternehmer dies missachtet, so missachtet er grundlegende ethische Anforderungen, die heute an jede Entscheidungsinstanz in Staat und Wirtschaft gestellt werden müssen.

Ich bin der erste, der nach dynamischen Unternehmern ruft. Dynamik entbindet jedoch nicht von einem minimalen Anstand und einem Mindestmass an menschlichem Gefühl.

*Paul Wyss, NR FDP, Basel*

## Bildungspolitik mit Zukunft

Mit grossem Interesse habe ich den Bericht über die Tagung «Lernen lernen» (Freisinn Nr. 11) gelesen. Als ehemalige Lehrerin, die im Kanton Solothurn während vieler Jahre in manchen Schulstuben verschiedener Stufen stand, möchte ich Kägis These «Jedem das Seine» lebhaft unterstützen. Ich habe das auch schon vor einiger Zeit in der Beilage «Bildung und Erziehung» in der NZZ vertreten.

Mit Recht macht man grosse Anstrengungen, für bestimmte Schüler, die einen entsprechenden Stützunterricht (Sonder-, Kleinklassen usw.) nötig haben, etwas zu tun. Was aber mit den Begabten, ja Hochbegabten? Diese langweilen sich, werden gar aggressiv. Für einen Pädagogen sind sie aber auch oft ein «Albdruck», denn man kann den Begabten ja nicht immer den Befehl erteilen zu zeichnen, so wichtig auch dieses ist. So musste ich immer wieder Extraaufgaben ausdenken, damit sie beschäftigt waren, wenn sie sofort «fertig» waren mit ihrem Pensum.

Ich erinnere mich auch an eine Stellvertretung in einer Bezirksschule. Da hatte ich einen hochbegabten Schüler, für den mein Mann, Absolvent der ETH, eigens einige rechnerische und geometrische Aufgaben – natürlich auch um mich zu begleiten und zu unterstützen – zusammengestellt. Warum, so frage ich, gibt es immer noch nicht Eliteklassen?

Ich fragte das auch einmal einen hohen Beamten des

### Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

solothurnischen Erziehungsdepartementes. Der meinte, dass das «undemokratisch» sei und dann die «Zugrösslein» in einer Klasse fehlten. Natürlich müsste einiges im Bildungswesen geändert werden (Anschluss an Kantonsschulen, Uni, ETH usw.). Ich denke an einen Verwandten in Frankreich, der sein «Bac» schon mit 17 Jahren hatte, aber nicht an die ETHZ gehen konnte, wie er es als Auslandschweizer gerne getan hätte. Nun, er füllte das Wartezimmer mit Deutschlernen aus, was ja auch nichts geschadet hat.

Ich glaube mich auch zu erinnern, dass Bundesrat Walther Stampfli einmal ironisch bemerkte, er sei einmal sitzengeblieben, weil er als Fünftklässler eine Stufe übersprang und darum daheim im Schwarzbubenland eine Klasse der Bezirksschule nochmals absitzen musste, weil er zu jung war, um an die Kantonschule Solothurn zu kommen.

Es ist noch ein weiteres zu bedenken: Können wir uns den Luxus leisten, auf ein geistiges Potential zu verzichten, wenn sozusagen ganze Jahrgänge erst verspätet in den Beruf einsteigen können? Im Ausland (Frankreich, England usw.) ist zum Beispiel eine Matura in frühern Jahren möglich.

Ich möchte meine Gedanken gerne an die zuständigen Gremien in der FDP weitergeben zum Überlegen. Dies auch im Zeichen der europäischen Entwicklungen.

*Rosmarie Kull-Schlappner, Olten*

# 700 – 20 – 10: Drei Geburtstage

Die Zahlen 700 – 20 – 10 sind symbolisch und enthalten gleichzeitig ein ganzes Programm. Sie könnten als Parole dienen für die Frauensession vom 7. und 8. Februar 1991 in Bern im Nationalratssaal. Sie erinnern an drei Geburtstage, die dann gefeiert werden.

## Nationalrätin Rosemarie Antille (VS)

Seit fast einem Jahr bereitet eine Frauengruppe diese zwei Gedenktage vor, an denen im Rahmen der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft speziell über die Vergangenheit und Zukunft der Situation der Frauen in diesem Land nachgedacht werden soll. Politische Position, soziale und kulturelle stehen dabei im Zentrum.

20 ist eine andere wichtige Zahl, die an die Volksabstimmung vom 7. Februar 1971 erinnert. Damals wurde in der Bundesverfassung das Wahl- und Stimmrecht der Frauen festgeschrieben.

10, diese letzte Zahl, hält ebenfalls in goldenen Ziffern in der Verfassung die Gleichberechtigung von Mann und Frau fest. Dieses Ereignis fand am 14. Juni 1981 statt.

### Welche Gleichheit?

Solche Gedenktage müssen gefeiert werden, aber es gibt

Wichtigeres. Während der Sondersession im Februar werden sich die Frauen nicht damit begnügen, sich an die vergangenen Ereignisse zu erinnern. Auch wenn wir Frauen darüber glücklich sind, wir werden uns vor allem mit der Zukunft beschäftigen.

Welche Gleichheit wünschen wir uns im Alltag? Zwischen Theorie und Praxis waren Jahre des Kampfes, der Geduld, der Enttäuschung und auch der Erfolge.

Aber was wollen die Frauen denn noch mehr erreichen? spotten gewisse Männer, die noch immer nichts begriffen haben.

Glücklicherweise gibt es all die anderen, die von Anfang an begriffen haben, dass die gesamte Gesellschaft durch die aktive Teilnahme der Frauen am politischen und wirtschaftlichen Leben alles zu gewinnen hatte. Diese sind bereit, alles zu unterstützen, was zu grösserer Gleichberechtigung führt.

## Veranstaltung

FDP Cham

## Frauen und Politik – 20 Jahre nach der Abstimmung

Mittwoch, 30. Januar 1991, in Cham (Pfarreiheim)

Am 7. Februar 1991 ist es soweit: Das Frauenstimmrecht führt sich zum zwanzigstenmal. Dieses Jubiläum nahm die FDP Cham zum Anlass, unter dem Motto «Frauen und Politik – 20 Jahre nach der Abstimmung» eine Abendveranstaltung zu organisieren. Neben dem Einführungsreferat von Nationalrätin Lili Nabholz wird ein Podi-

umsgespräch mit nachfolgender Plenumsdiskussion das Thema «Erfahrungen in der Politik» ausleuchten. Die Veranstaltung dauert von 20.00 bis ca. 22.00 Uhr.

Im Hinblick auf das brisante frauenpolitische Thema der «Quotenregelung» dürfte dieser Abend nicht nur Frauen ansprechen. □



Die Zahlen 700, 20, 10 sind symbolisch, enthalten aber auch ein ganzes Programm, meint FDP-Nationalrätin Rosemarie Antille aus dem Wallis.

### Forderungen

Noch immer bestehen viele Ungerechtigkeiten zwischen Mann und Frau. An der Sondersession sollen die Forderungen der Frauen für das Jahr 2000 auf einer Liste aufgeführt und konkretisiert werden. Man kann sich leicht vorstellen, welches die behandelten Themen sein werden: Mutterschaftsversicherung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, politische Vertretung, Ungleichheit im Steuerrecht usw.

In Bern werden sich 246 Frauen aus allen Kantonen, aller Generationen und aller Parteien versammeln, mit dem Ziel und dem Willen, dem ganzen Land laut und deutlich zu sagen, dass die Gleichberechtigung realisiert werden muss. Diese Session will also alle Frauen um ein gleiches Ziel vereinigen, unabhängig aller Verschiedenheiten der Mentalitäten, der Meinungen, der Sprachen und Kulturen.

### Geist der Offenheit

Immer wenn sich Parlamentarierinnen begegnen, entdeckt man schnell die gemeinsamen typisch weiblichen politischen und sozialen Probleme. In diesem Geist der Offenheit und Solidarität hat die Arbeitsgruppe Rednerinnen aus der Schweiz, Österreich, Italien, Frankreich und Deutschland eingeladen.

700 – 20 – 10, das ist eine Parole für ein Fest, für ein Nachdenken, aber auch für eine Resolution, weil es – vergessen wir es nicht – zweierlei Frauen gibt: solche, die befehlen, und solche, die nicht gehorchen. Es ist ein grosser Mann, der das gesagt hat! □

## Frauen, Arbeit und Beruf

Der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen hat eine Broschüre veröffentlicht, welche die Stellung der Frau in Arbeit und Beruf darstellt und arbeitgeberpolitische Standpunkte und Empfehlungen formuliert. In übersichtlicher Darstellung äussert sich die Neuerscheinung generell zur Erwerbstätigkeit der Frauen in der Schweiz, zum Thema Lohngleichheit sowie zum Problembereich der Berufswahl, der Weiterbildung, der betrieblichen Karriere und des Wiedereinstiegs. Ausführungen zur arbeitsrechtlichen Stellung der Arbeitnehmerin ergänzen und vervollständigen den Themenkatalog.

Die Broschüre versteht sich als arbeitgeberpolitischer Beitrag zur laufenden öffentlichen Debatte und ist von der Grundüberzeugung getragen, dass der gesetzgeberische und bürokratische Ansatz bei der Bewältigung der anstehenden Probleme nicht der richtige sein kann.

Schriftliche Bestellungen können an folgende Adresse gerichtet werden: Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen, Postfach, 8034 Zürich. Der Einzelpreis für die 43seitige Broschüre beträgt Fr. 3.– (exkl. Porto). Es werden Mengenrabatte gewährt. □

**Voranzeige**

FDP/SVFF Frauentag 91 – Freitag, 24. Mai 1991, in Thun

# Frauen in einer veränderten Welt

## Schwerpunkte für eine aktive Zukunftsgestaltung

Für eine Zukunft mit mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit, mehr Partnerschaft

Tagungsleitung: Ursula Widmer, Versicherungsgericht

### Programm

#### Standortbestimmung

#### Teil I: Wandel der Werte – Wandel der Lebensgrundlagen

- Grundsatzreferat zu den Themen:  
Gesellschaftlicher Umbruch  
Veränderungen in der Arbeitswelt  
Neue Lebensformen – neue Lebensmuster  
Von Prof. Dr. Kurt Lüscher, Universität Konstanz
- Referat: Politische Anliegen  
in einem veränderten politischen Umfeld (noch offen)

#### Teil II: Neue Herausforderungen in Bildung, Arbeit, Familie und im Sozialbereich

Einführung in die Gruppenarbeit durch Frau A. Calonder, Gester  
Kurze Statements zu den Trends

- Bevölkerungsentwicklung
- Familienstrukturen – Rollenwandel der Frau
- Soziale Sicherheit

Daraus abgeleitet ergeben sich die in den Gruppen zu behandelnden Thesen

- zum Bildungswesen
- zur Arbeitswelt
- zur sozialen Sicherheit und zum Gesundheitswesen
- zur Gesellschaft

#### Zukunftsaufgaben: Erarbeiten von Lösungsvorschlägen

#### Teil III: Analyse, Bewertung, Gewichtung der Thesen

Politische Wege zu mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit, mehr Partnerschaft

Gruppe 1: Gesellschaft, Familie

Leitung: Geneviève Aubry, Nationalrätin

Gruppe 2: Arbeitswelt

Leitung: Lilly Nabholz, Nationalrätin

Gruppe 3: Soziale Sicherheit und Gesundheitswesen

Leitung: Vreni Spoerry, Nationalrätin

Gruppe 4: Bildungswesen

Leitung: Rosemarie Antille, Conseillère nationale  
Susi Eppenberger, Nationalrätin

#### Teil IV: Diskussion und Verabschiedung der Vorschläge im Plenum

### Ziel

#### Die Tagungsunterlagen und Tagungsergebnisse

- werden in einem Grundsatzdokument zusammengefasst, das als Stellungnahme der FDP-Frauen gilt.
- dienen als Grundlage für die Umsetzung gesellschaftlicher und politischer Anliegen der FDP-Frauen

#### Teilnehmerinnen

- FDP-Frauen
- Parlamentarierinnen, Mandatsträgerinnen auf den Ebenen Bund, Kanton, Gemeinde

# Schulung durch die Partei

Ein Team der FDP der Schweiz befasst sich mit dem Thema Schulung durch die Partei. Konkret bereitet sie jetzt das Kandidatenseminar für die Nationalratswahlen 1991 vor, das zweimal durchgeführt wird, und zwar 28./29. Juni 1991 und 30./31. August 1991 (der Ort steht noch nicht fest). Über diese vordringliche Aufgabe hinaus erarbeitet das Team aber auch ein Konzept für die Schulung von Parteimitgliedern nach dem Wahltermin. Dazu hat die Geschäftsleitung folgendes Leitbild verabschiedet.

## Leitbild zur Schulung

### Zum Leitmotiv

Die FDP der Schweiz versteht die Schulung als Verstärkung der parteipolitischen Aktivitäten auf allen Stufen. Dabei kommt der Permanenz von Schulungsaktivitäten, über das Vorfeld wichtiger Wahlen hinaus, hohe Bedeutung zu. Der Schulungsteilnehmer soll zu Eigenmotivation und persön-

lichem Engagement, im Sinne des «mehr Mitmachens», angeregt werden.

### Zum Schulungsinhalt

Die Schulungsaktivitäten zielen auf die Steigerung der fachlichen Kompetenz und die überzeugende Gestaltung des zwischenmenschlichen Kontaktes ab:

- Zur fachlichen Kompetenz: Der Teilnehmer soll mit dem liberalen Gedankengut vertraut sein, politische Zusammenhänge kennen und Ansätze zur

lösungsorientierten Gestaltung der gesellschaftlichen Herausforderungen unseres Zeitgeschehens entwickeln.

- Zur überzeugenden Gestaltung des zwischenmenschlichen Kontaktes: Der Teilnehmer soll als natürlicher Kommunikator über die eigentliche Fachkompetenz hinaus sein Publikum für sich und die Partei gewinnen und dabei einen nachhaltigen und positiven Eindruck hinterlassen.

Mit der Kombination dieser Inhalte wird der Teilnehmer

sukzessive auf die Übernahme oder die noch verbesserte Ausübung eines öffentlichen oder politischem Amtes sowie für eine Kaderfunktion vorbereitet und unterstützt.

### Zur Umsetzung

Eigentlicher Träger der Schulungsaktivitäten sind die Kantone. Der Kantonalpräsident sorgt, zusammen mit seinem Sekretariat und/oder dem Schulungsverantwortlichen, für eine bedürfnisgerechte Realisierung der Schulung. Das Generalsekretariat der FDP Schweiz bietet als Koordinationsstelle Unterstützung und Information an. Das Schulungsteam der FDP Schweiz pflegt den regelmässigen Kontakt mit der Parteileitung und den Kantonen, setzt wichtige Schulungsakzente und kann zentrale Kurse organisieren.

Kontaktstelle für Schulungsfragen auf dem Generalsekretariat der FDP in Bern ist Andreas Eng, Telefon (031) 22 34 38. □

# Ziele des neuen Präsidenten der Jungfreisinnigen

**Vor zwei Jahren fand in Graubünden eine kantonale Abstimmung darüber statt, ob die Gemeinden auf kommunaler Stufe das Stimmrechtsalter 18 einführen können. Die Vorlage wurde angenommen. In der Folge setzte ich mich mit zwei Jungfreisinnigen dafür ein, dass in Davos, meinem Heimat- und Wohnort, mit einer Volksabstimmung von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde. Ich habe dort noch nicht geahnt, dass mich das Stimmrechtsalter 18 auch auf nationaler Ebene noch beschäftigen wird.**

Nach der Übernahme des Parteipräsidiums der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) im vergangenen November gehört die Abstimmung vom 3. März 1991 zu meinen primären Zielen für den Beginn dieser Amtszeit.

## Beziehungen zur SAJV normalisieren

Bekannt ist vielleicht auch, dass sich die JBS in letzter Zeit mit der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) zerstritten hat und auch ein Antrag auf Austritt gestellt wurde, der dann allerdings abgelehnt wurde. Dies alles als Nachspiel zur un-

rühmlichen Haltung der SAJV im Zusammenhang mit dem Medientheater «Fichenaffäre» (wie z. B. Aufforderung an den Gesamtbundesrat zum Rücktritt und aktive Unterstützung der Initiative «Schweiz ohne Schnüffelpolizei»).

Angesichts der Probleme der Jungen von heute erachte ich es aber als wichtig, dass sich die einzelnen Jugendverbände nicht bekämpfen, sondern zusammenarbeiten, wenn auch vielleicht auf einem anderen Niveau, als dies momentan in der SAJV geschieht. So ist es mein erklärtes Ziel als Präsident der JBS, die Beziehungen zur SAJV zu normalisieren und

aktiv an der Gesundung der SAJV mitzuwirken.

## «JBS-Spiegel»

So wie ich mit diesem Artikel die Leserschaft des «Freisinn» erreiche, so erreichen wir Jungliberale unsere Parteibasis mit unsrem monatlich erscheinenden «JBS-Spiegel». Nach einer Erneuerung vor einem Jahr, sowohl des Formats und Layouts als auch der Versandweise, brauchen wir jetzt eine Stabilisierung und die Mitarbeit aktiver Jungfreisinniger und Jungliberaler aus den Kantonen. So trete ich, auch als ehemaliger Redaktor, für dieses wichtige Informationsblatt ein und werde sicher auch Artikel schreiben und die politischen Entscheide unseres Zentralvorstandes an die Basis vermitteln. Dies ist bei uns wichtiger als z. B. bei der FDP, wo ja die Presse regelmässig berichtet.

## Wahljahr

1991 ist Wahljahr – auch für die JBS. So werden wir diejenigen Kantonalsektionen zu unterstützen wissen, die entweder eine eigene Liste haben oder auf FDP-Listen zu den



**Andreas Gadmer**

Seit November 1990 Präsident der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS), Jahrgang 1965, aufgewachsen in Davos, gegenwärtig im Diplomsemester der Mathematik an der ETH Zürich.

Nationalratswahlen antreten werden. Zu diesem Zweck sind auch Streuwerbeartikel vorgesehen.

## Vierjahresprogramm

Analog zur FDP erstellt die JBS jeweils Vierjahres-Aktionsprogramme. Das Programm 87/91 entstand noch unter meiner Vorgängerin Isabelle Vogt und ohne mein Mittun, um so mehr freue ich mich dieses Jahr, die Arbeit für das Vierjahresprogramm 91/95 an die Hand zu nehmen und damit den politischen Kurs in den Hauptrichtungen mitgestalten zu können. Am «Tag der Jungen», unserer Frühlingsveranstaltung, werden erste Arbeiten geleistet werden, die hoffentlich bis am 63. Kongress der JBS in Bern vom 26. bis zum 27. Oktober 1991 abgeschlossen werden können.

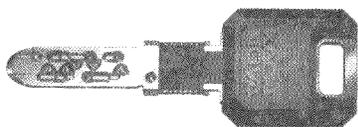
## Jugendsession

Zum 700-Jahr-Jubiläum veranstaltet der Bund auch eine Jugendsession – wir werden uns nach Möglichkeit daran beteiligen, damit die freisinnigen Ideen auch unter den Jungen verbreitet werden.

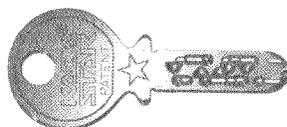
## Fruchtbare Zusammenarbeit

Last, but not least wünsche ich mir im neuen Jahr auch eine fruchtbare und anregende Zusammenarbeit der JBS mit der FDP sowohl national, kantonal wie auch auf kommunaler Ebene. □

# Verlieren heisst nicht verloren.



**KABA NOVA:** Bei Schlüsselverlust kann der Code selber umprogrammiert werden.



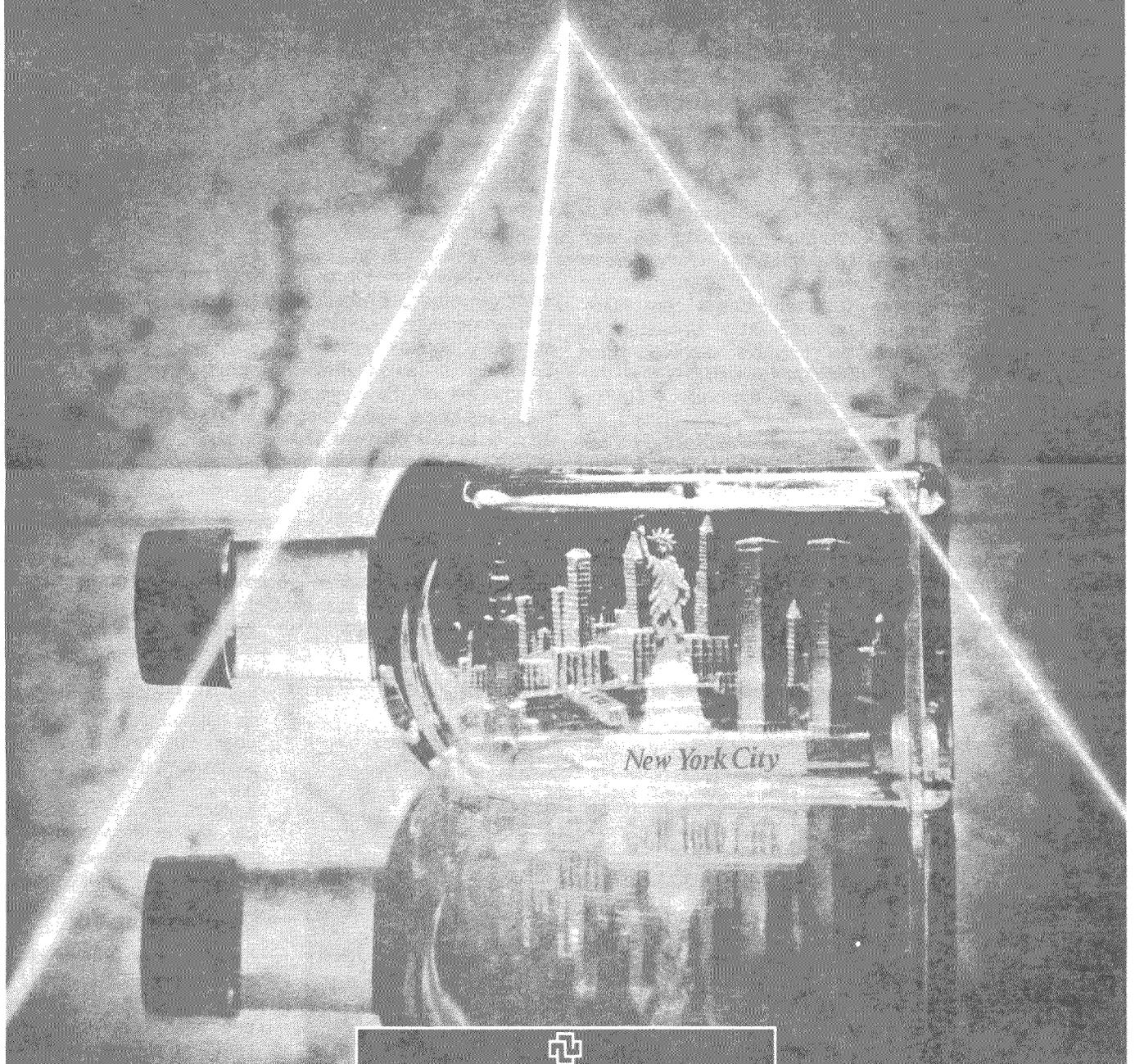
**KABA STAR-Vario:** Bei Schlüsselverlust kann der Code des mechanischen Schliesszylinders umgestellt werden.

Ihr Partner für erfolgreiche Schlüsselerlebnisse:

Bauer Kaba AG, 8620 Wetzikon, Telefon 01/931 6111, Fax 01/931 63 85

**KABA®**

# 1630 Kleinbetriebe und eine Philosophie: Think big.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT  
SKA

Die SKA besteht in der Schweiz aus 1630 Kleinbetrieben. Unsere Teams arbeiten in grossen Zusammenhängen und sind dank einer flexiblen Arbeitsweise in der Lage, auch interdisziplinär Aufgaben zu lösen. Und – alle verbindet das wichtigste Ziel: die besten Leistungen für unsere Kunden zu erbringen.

genaugenommen aus 1630 Kleinbetrieben, denken in grossen Zusammenhängen und sind dank einer flexiblen Arbeitsweise in der Lage, auch interdisziplinär Aufgaben zu lösen. Und – alle verbindet das wichtigste Ziel: die besten Leistungen für unsere Kunden zu erbringen.

SKA – die Bank mit Perspektiven.

# «Nur ein liberales Polen hat eine Chance»

Rudolf Buchala, Dozent der Wirtschaftsakademie in Kattowitz und Mitbegründer des Liberalen Demokratischen Kongresses in Polen, genießt hierzulande den Ruf eines ausgezeichneten Kenners und Analytikers der politischen Landschaft Polens. Buchala berichtete anlässlich der Einladung des freisinnig-demokratischen Presseverbandes am 11. Dezember 1990 in Bern in seinem Vortrag mit einfachen, klaren Worten vor allem über die Liberalismusbewegung in seinem Land.

*E. S.* Nach Buchala ist zur Hauptsache der «Völkerherbst 1989» für die in der polnischen Bevölkerung breit abgestützte Liberalisierungsbewegung verantwortlich. Im Unterschied zu anderen Volkserhebungen fand die Bewegung im Herbst 1989 in allen Gesellschaftsschichten Polens Zuspruch. Die Anliegen des Aufbruchs waren die mit dem Liberalismus unabdingbar zusammenhängenden Grundrechte wie Menschenrechte und demokratische Einrichtungen.

## Walesa ...

Die Wirtschaftsphilosophie der Planwirtschaft trug mit der sich bald abzeichnenden Wirtschaftsmisere das Ihre zum Ruf nach einem liberalen Wirtschaftssystem bei. In Beachtung der grossen Rückständigkeit der Wirtschaftsentwicklung lässt sich auch das Zukunftsbild von Polens Wirtschaft nicht gerade rosigen malen. Hoffnung sieht Buchala in der jüngsten Wahl Walesas zum Ministerpräsidenten. Denn obwohl Walesa dies öffentlich nicht erwähne, ver-

folge Walesa, so Buchala, das dringend benötigte liberale Wirtschaftskonzept.

Verschiedene Umstände sprechen dafür: Im engen Mitarbeiterstab Walesas haben die Liberalen starkes Gewicht. Walesa will vor allem zur Bildung eines neuen, gesunden Mittelstandes verhelfen. Sein Appell geht an alle: Jeder soll seinen Beitrag zu einer wirtschaftlichen Umgestaltung leisten.

Trotz diesem tiefen Wunsch, die Missstände der Planwirtschaft endgültig der Vergangenheit zu überlassen, ist an sich der Liberalismus in Polen nicht sonderlich stark verankert. Inzwischen gibt es aber liberale Parteien: wie eingangs erwähnt der Liberal-Demokratische Kongress, der besonders in den Städten Danzig und Warschau und im ober-schlesischen Industriegebiet vertreten ist und politisch in der Mitte rechts zu situieren ist, und die Konservativ-Liberale Partei, die sich rechts des Liberal-Demokratischen Kongresses findet. Diese beiden Gruppierungen streben vor-



Rudolf Buchala, wie ihn eine FDP-Reisegruppe vergangenen Mai in Polen erleben durfte. (Photo AMK)

aussichtlich für die Parlamentswahlen im März 1991 eine Koalition an. Dieser werden sich mit ziemlicher Sicherheit auch die Wirtschaftsgesellschaften anschliessen.

## ... und Tyminski

Buchala unterliess es nicht, in seinem Vortrag auch vom «Spuk» Tyminski zu reden. Obwohl im zweiten Wahlgang gegen Walesa weit abgeschlagen, werde Tyminski, so Buchala, seine Spuren auf der politischen Bühne Polen hinterlassen. Dass dem unbekanntem Tyminski der Vorstoss in die Endausscheidung überhaupt gelungen war, hat gemäss Buchala seine Ursache in der Symbolwirkung, die dieser besonders auf die ins Abseits geratene Kleinstädter ausübte. Buchala analysiert die politische Haltung der Wählerschaft Tyminskis nationalistic-populistisch.

Verhängnisvoll wurden für Tyminski schliesslich Bilder, welche ihn in trauriger Zweisamkeit mit Vertretern der alten Nomenklatura zeigten. Buchala vermutet, dass sich Tyminski auf diese Vertreter der Nomenklatura stützen wird. Solange kein durchgreifender wirtschaftlicher Erfolg in Polen bemerkbar ist, wird Tyminski nach Ansicht Buchalas in der Politlandschaft Polens zu finden sein.

## Warnfinger

Auf einen Nenner gebracht kann behauptet werden, dass

die Demokratisierung und Liberalisierung in Polen mit dem wirtschaftlichen Aufschwung steht und fällt. Neben Selbsthilfe ist auch der Beistand der westeuropäischen Staaten gefragt. Buchala hebt den Warnfinger, wenn er sagt, dass die Staaten Westeuropas nur den Ländern Unterstützungsleistungen erbringen sollten, die tatsächlich auf ein marktwirtschaftliches Konzept hinarbeiten und sich nicht an das herkömmliche System der Planwirtschaft klammern. □

## Veranstaltungen

### Terminkalender 1991

#### Januar

21.–25. Sondersession  
25. Geschäftsleitung, Delegiertenrat  
26. a. o. Delegiertenversammlung in Basel

#### Februar

7./8. 700-Jahr-Feier, Frauensession

#### März

4.–22. Session  
3. Eidgenössische Volksabstimmung  
14. Geschäftsleitung, Delegiertenrat

## Impressum

### Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

### Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

### Inseraten-Verwaltung:

ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

### Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–  
Jahresabonnement Fr. 20.–



## Erkennen Sie die Hände?

Gewiss erkennen Sie die Hände dieser zwei amtierenden Bundesräte. Aber wissen Sie, wie viele Bundesräte seit der Gründung des schweizerischen Bundesstaates im Jahre 1848 insgesamt amtierten? Und wie viele davon waren freisinnig?

(Photos ruti)

Seit der Gründung des schweizerischen Bundesstaates im Jahre 1848 waren insgesamt 98 Bundesräte im Amt. Davon waren 66 Freisinnige. Gegenwärtig sind dies Jean-Fascal Delamuraz (Hand mit Brille) und Kaspar Villiger (Hände mit Zigarette). In dieser Zahl kommt die Bedeutung zum Ausdruck, welche die FDP bei der Gründung, dem Aufbau und der heutigen Gestaltung unseres Staatswesens innehat.

Antwort

## Mutzli

Nationalrat Ernst Mühleemann (fdp., TG), die unzähligen kritischen Geister in unserem Land im Auge, attestierte Spanien, ein Land zu sein, «das die Probleme löst und nicht vor sich herschiebt». Wäre Kolumbus 1492 von Schweizer Beratern begleitet gewesen, hätte er Amerika noch heute nicht entdeckt.

Peter Bodenmann (sp., VS) ortete ein Problem der CVP im Ständerat, «wo sie eine hoch undisziplinierte, verkrustete Mannschaft hat».

Hansjörg Braunschweig (sp., ZH) meinte an die Adresse des Rechtsaussen Hans Steffen (ZH) in der Sexualstrafrechts-Debatte: «Vielleicht wäre es doch gut gewesen, wenn Sie in der Kommission gewesen wären – wenigstens für Sie, wenn auch nicht für uns.»

«Die allgemeine Stossrichtung des Sexualstrafrechtes passt mir nicht», argumentierte etwas gewagt der CVP-Politiker Urs Nussbaumer (SO).

Der grüne Berner Arzt Lukas Fierz setzte sich – allerdings in typischer Männerrolle – für die Frauen im Parlament ein: «Wir wollen Frauen nicht behandeln wie Haustiere.»

Helmut Hubacher (sp., BS) kritisierte die Basler Regierung, die sich schwertat, ein Geschäftsleitungsmitglied der SP Schweiz als neuen Kantonschemiker zu wählen. Aus seinen Gedanken machte die Basler AZ allerdings «Gedanken», obwohl der besagte Roger Biedermann aus Schaffhausen durchaus noch Chancen haben soll.

Walter Ammann (sp., SG) sprach beim SBB-Budget in Bildern. Wir müssten für die Bergtour gerüstet sein, Bundesrat Ogi als Führer müsse voraus mit Seil, Pickel und Haken, hintennach die Mannschaft, die ihm getreulich folgt. Peinlich im Vergleich nur, stellte Ulrich Fischer (fdp., AG) fest, dass wir schon einmal einen Führer Adolf gehabt haben.

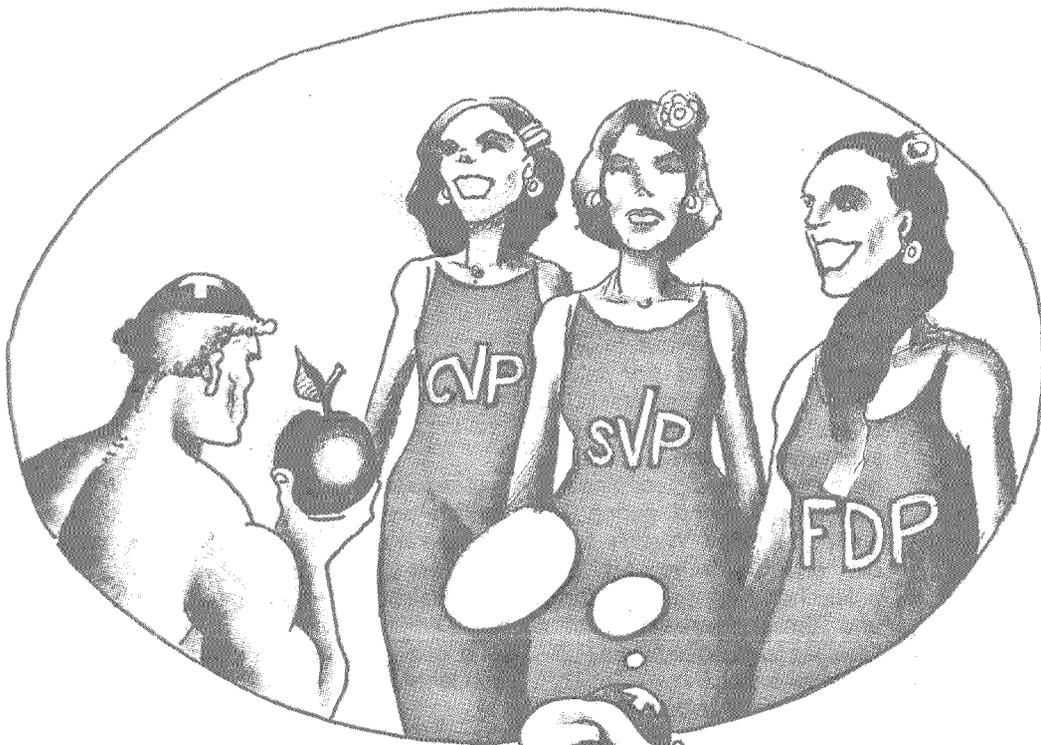
Die Argumente von Christoph Blocher (svp., ZH) seien entweder dumm oder perfid, mehr, als es die Polizei erlaubt, ereiferte sich Helmut Hubacher (sp., BS), um zu folgern: «Dumm sind Sie nicht, Herr Blocher, also haben Sie perfid gesprochen!»

Bundesrat Otto Stich sah gelassen dem Fischzug der Parlamentarier auf die Bundeskasse zu: «Will noch irgend jemand etwas mehr Geld?» fragte er angesichts der grossen Ausgabefreudigkeit des Nationalrates verschmizt.

Die Banken sähen «die Mieter als wehrloses Melkvieh», dreht Moritz Leuenberger (sp., ZH) in der Hypozinsdiskussion demagogisch auf. Und zum den Nichteintretensantrag stellenden SVP-Nationalrat und Autoimporteur Walter Frey gerichtet: «Der Boden ist nicht ein Toyota, Herr Frey!» Die freie Marktwirtschaft sei eben, so Leuenberger, «ebenso eine Ideologie wie die Planwirtschaft». Der Leuenbergersche Kronzeuge für diese Behauptung: Ex-Diktator Pinochet...

Marktwirtschaft aber offenbar bei der sozialdemokratischen «Berner Tagwacht». Verschiedene bürgerliche Parlamentarier, Arbeitgeberdirektor Heinz Allenspach (fdp., ZH) beispielsweise, erhielten von Chefredaktor Richard Müller eine Einladung, «Genussscheine der Berner Tagwacht» zu zeichnen. Damit «könnten Sie dazu beitragen, unsere unabhängige Zeitung kapitalmässig noch etwas besser auszustaffieren». Auch eine linke Zeitung braucht Kapital, das sich offenbar bei den Genossen nicht in genügendem Masse finden liess: «71 Genussscheine warten noch auf Platzierung». Wie lange wohl noch?

Man müsse den Direktor des Bundesamtes für Strassenbau, Kurt Suter, in die Eisenbahnbauabteilung versetzen, damit er weniger voreilige Bemerkungen mache, meinte Urs Nussbaumer (cvp., SO). Offenbar könnte die Bahn 2000 aus Solothurner Sicht einen solchen zielorientierten Praktiker gut brauchen.



9/11/91

WAHLJAHR 1991: KEINE FRAGE,  
WER DIE SCHÖNSTE IM LANDE IST!

# Im übrigen Europa weiss man zuwenig über die Schweiz

Europa rückt unabwendbar näher, die Diskussionen über EG und EWR erfahren höchste Aktualität, und insbesondere der «Sonderfall Schweiz» ist im Ausland ein Thema. Dass es in dieser Phase besonders wichtig ist, internationale Kontakte zu pflegen und nicht zuletzt auch einen Beitrag für ein verbessertes Verständnis gegenüber den schweizerischen Wegen der politischen Meinungsbildung zu leisten, erfahren jetzt zwei Frauenfelder, die als Gäste der bundesdeutschen FDP an der «Bonner Wahl Nacht» vom 2. Dezember teilgenommen haben.

Das Umfeld war eindrücklich: Gut ein Dutzend Fernsehstationen gaben sich ein Stelldichein im grossen Festzelt in unmittelbarer Nähe des FDP-Hauptquartiers, vier davon gleich mit einem eigenen Studio. Radio-kommentatoren und Bericht-erstatteter der Printmedien komplettierten den Aufmarsch von wohl gegen achtzig Presseleuten, dazwischen die Parteiprominenz und weitere Reprä-sentanten aus Politik und Wirt-schaft sowie speziell geladene Gäste der bundesdeutschen FDP, darunter – als praktisch einzige Schweizer – auch zwei Frauenfelder: der bereits aus seiner Zeit als aktiver Junglibe-raler über ausgezeichnete inter-nationale Kontakte verfü-gende Werbeberater Rolf Lüscher und der PR- und Kom-munikationsspezialist Christian H. Köpfer.

## Klischeevorstellungen abbauen

Die beiden Gäste aus dem Thurgau waren denn auch ge-fragte Interview- und Ge-sprächspartner. Rolf Lüscher: «Natürlich stand dabei der Ausgang der Wahl für die FDP im Vordergrund; interessiert hat aber vor allem auch unsere Meinung über den Wahlkampf, wie er jetzt in der vereinigten Bundesrepublik geführt worden war. Es interessierte so-wohl Medien wie Parteipräs-entanten, was und wie man gerade in der Schweiz über die politische Entwicklung in der BRD denkt.»

Und Christian H. Köpfer un-terstreicht: «Auffallend war für mich erneut, wie wenig gerade

bei den Medienvertretern über die Schweiz und vor allem über die schweizerische Staatsform bekannt ist. Kli-scheevorstellungen sind in grossem Masse vorhanden, und entsprechend gering ist auch fundiertes Wissen über die schweizerische Art der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsprozedere. Gleiches ist aber auch von Poli-tikern zu sagen.

Festgestellt haben die bei-den Thurgauer FDP-Leute auch, dass im Zusammenhang mit «Europa 1992» zumindest seitens der bundesdeutschen FDP ein ausgeprägtes Inter-esse an der fortschreitenden Meinungsbildung in der Schweiz im allgemeinen und im schweizerischen Bodensee-raum im besonderen vorhan-den ist. Bestätigt wurden von den anwesenden Wirtschafts-vertretern die guten und weiter ausbaufähigen Beziehungen zu Schweizer Unternehmen. Die gleichen Kreise fanden auch anerkennende Worte für das Engagement von Schwei-zer Firmen in den neuen Län-dern im Osten der Bundes-republik.

## Fazit: Vermehrter Dialog empfiehlt sich

Welches Fazit ziehen die bei-den offiziellen Thurgauer Gäste der bundesdeutschen FDP nach ihrem Bonner Aufenthalt? Rolf Lüscher: «Die gute Auf-nahme, die wir da erleben durften, und das grosse Inter-esse doch massgeblicher poli-tischer Kreise am Gedanken- und Meinungsaustausch zur Förderung des gegenseitigen



Bild für die Presse: Rolf Lüscher (links), der frühere Innenminister und heutige Stellvertretende Parteivorsitzende der bundesdeutschen FDP, Dr. Gerhard Baum (Mitte), und Christian H. Köpfer.

Verständnisses haben erneut deutlich werden lassen, dass sich auch aus Schweizer-, Thurgauer-, ja und auch Frau-efeldersicht die vermehrte Pflege internationaler Kontakte nicht nur empfiehlt, sondern auch lohnt.»

Und Christian H. Köpfer meint: «Wir sollten ein Ver-mehrtes auf der Informations-seite tun. Die Schweiz kann

nicht näher zu Europa kom-men, wenn sie innerhalb Eu-ropas fast einen Exoten-Status hat. Für mich steht fest, im übrigen Europa weiss man zu-wenig über die Schweiz, meis-tens nur das, was die Medien in den betreffenden Ländern berichten, und das ist offen-sichtlich zuwenig, um die Meinungsbildung über die Schweiz in einer realistischen Art und Weise zu fördern.» □

## Standpunkt

### Sicherheitspolitik und Neutralität



Die – staats-politisch zwei-fellos kluge – Teilnahme der Schweiz an den Irak-Sank-tionen hat uns vor Augen ge-führt, dass wir definitiv von einer Maxime unseres staat-lichen Selbstverständnisses, nämlich der immerwähren-den und bewaffneten Neutra-lität, Abschied genommen haben.

Dass es uns nicht leicht-fällt, diese durch die Macht der Fakten entstandene neue Situation zu akzeptieren, ist verständlich, nachdem uns Neutralität und Souveränität eine lange Periode des Frie-dens und der inneren Sicher-heit gebracht haben. Vor dem Hintergrund des sich immer

deutlicher abzeichnenden eu-ropeischen Integrationspro-zesses müssen Neutralität und Souveränität neu be-urteilt und gewichtet werden.

Eine weitere Relativierung der Neutralität ist die wesent-lichste Grundlage für die Schaffung einer europafähigen schweizerischen Sicher-heitspolitik und – in einem weiteren Schritt – für die Teil-nahme der Schweiz an einem europäischen System der kollektiven Sicherheit. Ein Al-leingang der Schweiz nicht nur in wirtschaftlicher, son-dern gerade auch in sicher-heitspolitischer Hinsicht ist nicht mehr vorstellbar. Eben-so klar ist indessen, dass ein Mitmachen unseres Landes an einem europäischen Si-cherheitssystem nicht zum Nulltarif erfolgen wird.

Richard Hunziker  
Präsident des Ausschusses  
für Sicherheitspolitik der FDP  
des Kantons St. Gallen